# Amtsblatt der Europäischen Union

L 280

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

63. Jahrgang

28. August 2020


Inhalt


II *Rechtsakte ohne Gesetzescharakter*

VERORDNUNGEN

★ **Durchführungsverordnung (EU) 2020/1231 der Kommission vom 27. August 2020 über das Format und die Anweisungen für die Jahresberichte zu den Ergebnissen der Erhebungen und über das Format für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen sowie über die praktischen Modalitäten gemäß Artikel 22 und 23 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates** ..... 1

BESCHLÜSSE

★ **Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1232 der Kommission vom 27. August 2020 über die Genehmigung der in 12-Volt-Motorgeneratoren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge, einschließlich bestimmter Hybrid-Elektrofahrzeuge und Fahrzeuge, die mit alternativen Kraftstoffen betrieben werden können, verwendeten effizienten Generatorfunktion als innovative Technologie gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates** [1] ..... 18

★ **Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1233 der Kommission vom 27. August 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten** *(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 5948)* [1] ..... 28


[1] Text von Bedeutung für den EWR.

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

II

*(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)*

# VERORDNUNGEN

## DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2020/1231 DER KOMMISSION

**vom 27. August 2020**

**über das Format und die Anweisungen für die Jahresberichte zu den Ergebnissen der Erhebungen und über das Format für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen sowie über die praktischen Modalitäten gemäß Artikel 22 und 23 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 22 Absatz 3 und Artikel 23 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2016/2031 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, in Gebieten, in denen der betreffende Schädling — soweit bekannt — bisher nicht aufgetreten ist, risikobasierte Erhebungen zum Auftreten von Unionsquarantäneschädlingen sowie zu Anzeichen und Symptomen eines Befalls mit Schädlingen, für die die Maßnahmen nach Artikel 29 oder gemäß Artikel 30 Absatz 1 erlassene Maßnahmen gelten, durchzuführen und der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten jährlich über die Ergebnisse dieser Erhebungen Bericht zu erstatten.

(2) Ebenso sind die Mitgliedstaaten nach Artikel 24 der Verordnung (EU) 2016/2031 verpflichtet, jährlich die Erhebungen zu prioritären Schädlingen gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 2 durchzuführen.

(3) Auf Ersuchen der Kommission hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) ein Toolkit für die Überwachung von Pflanzenschädlingen entwickelt, das Schädlingserhebungskarten für Unionsquarantäneschädlinge und spezifische Leitlinien für einen statistisch fundierten und risikobasierten Ansatz für die Schädlingsüberwachung sowie spezifische Informationen über Erhebungen zu spezifischen Schädlingen umfasst. Ziel dieses Toolkits ist es, die Mitgliedstaaten bei der Konzipierung und Durchführung der Erhebungen zu unterstützen, um ein EU-weit kohärentes Vorgehen zu gewährleisten.

(4) Damit eine einheitliche Darstellung der Ergebnisse der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Erhebungen sichergestellt wird, sollte für alle relevanten Schädlinge ein Standardformat für die entsprechenden Jahresberichte festgelegt und es sollten Anweisungen zum Ausfüllen gegeben werden. Dieses Format sollte auf den in Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/2031 aufgeführten Elementen, auf den Anforderungen an die Erhebung, die gemäß den Durchführungsrechtsakten gelten, welche nach der Verordnung (EU) 2016/2031 für spezifische Schädlinge erlassen wurden, sowie auf den jeweiligen Schädlingserhebungskarten und gegebenenfalls auf spezifischen, von der Behörde zu diesem Zweck ausgearbeiteten Leitlinien beruhen. Um einen umfassenden Ansatz zu gewährleisten, sollte das Format für Erhebungen gelten, die zu Unionsquarantäneschädlingen und zu Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in den Gebieten, in denen die Schädlinge — soweit bekannt — bisher in der Union nicht aufgetreten sind, durchgeführt werden.

([1]) ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4.

(5) Bei einigen Schädlingen jedoch werden gemäß bestimmten Durchführungsrechtsakten, welche nach der Verordnung (EU) 2016/2031 erlassen wurden, statistisch basierte Erhebungen durchzuführen sein. Bei bestimmten Schädlingen können die Mitgliedstaaten beschließen, den statistisch basierten Ansatz anzuwenden. Daher sollte ein spezifisches Format für statistisch basierte Erhebungen festgelegt werden, da dies zur Darstellung der Elemente dieser Erhebungen besser geeignet ist.

(6) Das Format für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen und die praktischen Modalitäten für die Anwendung der in Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 aufgeführten Elemente auf spezifische Schädlingsrisiken sollten auf den bisherigen Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit der Konzeption und Durchführung von Erhebungen, der Berichterstattung über sie und ihrer Darstellung, auf den Schädlingserhebungskarten der Behörde sowie gegebenenfalls auf den Leitlinien für die Überwachung bestimmter Schädlinge beruhen.

(7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

**Format und Anweisungen für den Jahresbericht zu den Ergebnissen der Erhebungen**

(1) Das Format und die Anweisungen für die Jahresberichte, die die Ergebnisse der Erhebungen zu Schädlingen gemäß den Artikeln 22 und 24 der Verordnung (EU) 2016/2031 enthalten und die der Kommission von den Mitgliedstaaten vorzulegen sind, sind in Anhang I dieser Verordnung aufgeführt.

(2) Entsprechend dem Format und den Anweisungen nach Absatz 1 enthalten die Jahresberichte über die Ergebnisse der Erhebungen folgende Teile:

a) Teil I: Allgemeine Informationen über die Ergebnisse der Erhebungen;

b) Teil II: Darstellung der Ergebnisse der Erhebungen;

c) Teil III: Zusammenfassung der Ergebnisse der Erhebungen und Aktualisierung des Schädlingsstatus.

*Artikel 2*

**Format für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen und praktische Modalitäten für die Anwendung der Elemente auf spezifische Schädlingsrisiken**

(1) Das Format für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen und die praktischen Modalitäten für die Anwendung der in Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 aufgeführten Elemente auf spezifische Schädlingsrisiken sind in Anhang II aufgeführt.

(2) Der Meldebogen für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen besteht aus folgenden Teilen:

a) Teil I: Allgemeine Informationen;

b) Teil II: Meldebögen für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen.

*Artikel 3*

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 27. August 2020

*Für die Kommission*
*Die Präsidentin*
Ursula VON DER LEYEN

*ANHANG I*

**Format und Anweisungen für den Jahresbericht über die Erhebungen gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2016/2031**

TEIL I

**Allgemeine Informationen über die Ergebnisse der Erhebungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a**

Folgender Meldebogen ist für die allgemeinen Informationen über die Ergebnisse der Erhebungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a maßgeblich:

„Allgemeine Informationen über die Ergebnisse der Erhebungen aus [Jahr]

— Mitgliedstaat:

— Zuständige Behörde:

— Ansprechpartner (Name, Funktion bei der zuständigen Behörde, Name der Organisation, Telefonnummer und institutionelles E-Mail-Konto):

— Am Erhebungsprogramm beteiligte Organisationen, einschließlich Laboratorien:

— Öffentlich zugängliche Zusammenfassung der Ergebnisse (500-3 000 Wörter):

  — *kurze Beschreibung des Programmumfangs für das betreffende Jahr;*

  — *kurze Beschreibung der für die Erhebungen verwendeten Methodik, einschließlich neuer oder innovativer Technologien (falls zutreffend);*

  — Gesamtzahl der Schädlinge, zu denen in diesem Jahr im Rahmen von Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 Erhebungen durchgeführt wurden;

  — *Zahl der festgestellten und amtlich bestätigten Schädlinge und ergriffene Folgemaßnahmen;*

  — spezifische Ziele des Programms, die in diesem Jahr erreicht wurden;

  — *Link zur nationalen Website mit weiteren Informationen (falls verfügbar).*“

TEIL II

## Format und Anweisungen für die Darstellung der Ergebnisse der Erhebungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b

Folgende Meldebögen und Anweisungen sind für die Darstellung der Ergebnisse der Erhebungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b maßgeblich:

1. **Elemente des Jahresberichts über Unionsquarantäneschädlinge und Schädlinge, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen diese Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten**

1.1. Meldebogen

„Bericht über die jährlichen Ergebnisse der Erhebungen aus [Jahr] betreffend Unionsquarantäneschädlinge und Schädlinge, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen diese Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten

| **1. In Gruppen erfasste Schädlinge** | **2. Schädlinge** | **3. Geografischer Ort** | **4. Erhebungsorte** | | **5. Risikogebiete** | **6. Zielpopulationsgebiet** | **7. Mit der Erhebungen erfasstes Gebiet der Zielpopulation (%)** | **8. Pflanzenmaterial/Ware** | **9. Liste der Pflanzenarten** | **10. Zeitplan** | **11. Angaben zur Erhebung:** A) Zahl der visuellen Untersuchungen, ggf. nach Gruppe B) Gesamtzahl der Proben C) Ggf. Anzahl der asymptomatischen Proben D) Art der Fallen (oder anderer, alternativer Methoden (z. B. Streifkescher)) E) Anzahl der Fallen (oder anderer, alternativer Methoden) F) Anzahl der Fangstellen (falls abweichend von der Anzahl der Fallen oder alternativen Methoden) G) Art der Tests (z. B. mikroskopische Identifizierung, PCR, ELISA usw.) H) Gesamtzahl der Tests I) Sonstige Maßnahmen (z. B. Spürhunde, Drohnen, Hubschrauber, Sensibilisierungskampagnen usw.) J) Anzahl der sonstigen Maßnahmen | | | | | | | | | | **Feststellungen/Ausbrüche** (Verknüpfung mit dem Meldesystem „EUROPHYT-*Ausbrüche*“) | | | **14. Anmerkungen** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | **12. Zahl der positiven Befunde pro Schädling** | **13. Meldenummern der Ausbrüche gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715** | | |
| | | | **Beschreibung** | **Anzahl** | | | | | | | **A** | **B** | **C** | **D** | **E** | **F** | **G** | **H** | **I** | **J** | | **Nummer** | **Datum** | |
| Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gruppe n | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Schädling 1 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Schädling 2 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Schädling 3 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Schädling n | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

“

1.2. Anweisungen zum Ausfüllen des Meldebogens

In Spalte 1: Mit Ausnahme von „Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte“ ist die Berichterstattung nach Schädlingsgruppen fakultativ. Geben Sie ggf. die Gruppe der Schädlinge an, die in einer Erhebung zusammengefasst wurden (z. B. Zitrusfruchtschädlinge, Laubholzschädlinge, Nadelholzschädlinge, Getreideschädlinge, Kartoffelschädlinge, andere (bitte angeben)). Ist ein Schädling mehreren Gruppen zuzuordnen, sind in jeder Gruppe die entsprechenden Angaben zum Schädling zu machen.

Unter „Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte“ sind die Liste der Schädlinge, zu denen Erhebungen durchgeführt wurden, sowie die Ergebnisse der Erhebungen anzugeben; verwenden Sie bei Bedarf mehr als eine Zeile, um unterschiedliche Erhebungsorte aus Spalte 4 „Erhebungsorte“ zu beschreiben. In dieser Gruppe geben Sie bitte die Daten je Schädling an (d. h. keine Aggregierung der Daten auf Gruppenebene). Ermächtigte Produktionsorte sind Orte, deren Unternehmer nach entsprechender Ermächtigung durch die zuständige Behörde Pflanzenpässe ausstellen darf.

In Spalte 2: Hier ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Schädlings anzugeben (wie in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 oder einer etwaigen spezifischen Maßnahme für einen bestimmten Schädling aufgeführt). Bitte verwenden Sie für jeden Schädling eine Zeile.

In Spalte 3: Geben Sie die geografischen Orte an, an denen die Erhebung durchgeführt wurde, vorzugsweise unter Verwendung der verfügbaren niedrigeren NUTS-Ebenen. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen können die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile aggregiert werden. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, können die Daten je Schädling in einer Zeile aggregiert werden. Ggf. können auch so viele Zeilen verwendet werden, wie Orte angegeben wurden.

In Spalte 4: Geben Sie die Erhebungsorte an und verwenden Sie dabei nur dann mehr als eine Zeile pro Schädling, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist, und geben Sie die Zahl der Orte an, an denen Erhebungen durchgeführt wurden. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen besteht die Möglichkeit, die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile zu aggregieren und die Gesamtzahl der Erhebungsorte anzugeben. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, besteht die Möglichkeit, die Daten je Schädling in einer Zeile zu aggregieren und die Gesamtzahl der Erhebungsorte anzugeben. Falls Sie „andere“ wählen, geben Sie bitte an, worum es sich handelt:

1. Im Freien (Produktionsfläche): 1.1 auf freiem Feld (Acker, Weide); 1.2 Obstgarten/Weinberg; 1.3. Baumschule; 1.4. Wald;

2. Im Freien (andere): 2.1 Privatgärten; 2.2 öffentliche Orte; 2.3 Schutzgebiet; 2.4 Wildpflanzen außerhalb von Schutzgebieten; 2.5 andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie, Feuchtgebiete, Bewässerungs- und Entwässerungsnetz usw.);

3. Unter physisch abgeschlossenen Bedingungen: 3.1. Gewächshaus; 3.2 privates Anwesen, ausgenommen Gewächshaus; 3.3 öffentlicher Ort, ausgenommen Gewächshaus; 3.4. andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie).

In Spalten 5, 6 und 7: Fakultativ oder gegebenenfalls entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung.

In Spalte 5: Geben Sie die Risikogebiete an, die anhand der Biologie des Schädlings/der Schädlinge, des Vorhandenseins von Wirtspflanzen, der ökologisch-klimatischen Bedingungen und der Risikostandorte ermittelt wurden.

In Spalte 6: Geben Sie das gesamte von der Zielpopulation erfasste Gebiet (in ha) in dem Mitgliedstaat an.

In Spalte 7: Geben Sie den Teil des mit der Erhebung erfassten Gebiets der Zielpopulation (Erhebungsgebiet/Zielpopulationsgebiet) an.

In Spalte 8: Geben Sie Pflanzen, Früchte, Samen, Boden, Verpackungsmaterial, Holz, Maschinen, Fahrzeuge, Vektor, Wasser oder Sonstiges mit Erläuterung des jeweiligen Falls an. Die Ergebnisse sind nur dann in verschiedenen Zeilen anzugeben, wenn in den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung die Liste der Waren festgelegt ist, zu denen Erhebungen durchzuführen sind.

In Spalte 9: Geben Sie die Liste der Pflanzenarten/Pflanzengattungen an, zu denen Erhebungen durchgeführt wurden. Verwenden Sie nur dann eine Zeile je Pflanzenart/Pflanzengattung, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist.

In Spalte 10: Geben Sie die Monate des Jahres an, in denen die Erhebungen durchgeführt wurden. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen können die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile aggregiert werden. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, können die Daten je Schädling in einer Zeile aggregiert werden.

In Spalte 11: Geben Sie die Einzelheiten der Erhebung unter Berücksichtigung der für die einzelnen Schädlinge geltenden spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung an. Geben Sie „N/Z“ an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht zutreffen. Mit Ausnahme der Angabe der Anzahl der visuellen Untersuchungen, die nach Schädlingsgruppe erfolgen kann, sind alle anderen Daten nach Schädlingen aufzuschlüsseln, es sei denn, in Spalte 14 („Anmerkungen“) wird eine Angabe nach Gruppen entsprechend begründet. Verwenden Sie verschiedene Zeilen, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist (z. B. zur Angabe verschiedener Arten von Tests und ihrer Anzahl).

In Spalte 12: Geben Sie die Zahl der positiven Befunde pro Schädling an. Diese Zahl kann von der Zahl der Ausbrüche abweichen, wenn eine Ausbruchsmeldung mehrere positive Befunde enthält.

In Spalte 13: Geben Sie die Meldungen der Ausbrüche jenes Jahres an, in dem die Erhebung durchgeführt wurde.

In Spalte 14: Fügen Sie alle sonstigen Informationen bei, die Sie für relevant halten, sowie gegebenenfalls Informationen über die Ergebnisse der Erhebungen zu asymptomatischen Pflanzen mit positivem Befund.

2. **Elemente des Jahresberichts über die jährlichen Ergebnisse statistisch basierter Erhebungen zu Unionsquarantäneschädlingen in Gebieten, in denen die Schädlinge — soweit bekannt — nicht aufgetreten sind (anwendbar, wenn statistisch basierte Erhebungen durchgeführt wurden)**

2.1 Meldebogen

„Bericht über die jährlichen Ergebnisse statistisch basierter Erhebungen zu bestimmten Unionsquarantäneschädlingen und bestimmten Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, aus [Jahr] (fakultativ, sofern nicht ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben; seine Verwendung ersetzt die Verwendung des Meldebogens 1.1)

| 1. Schädling | 2. Geografischer Ort | 3. Erhebungsorte | 4. Zeitplan | **A.** Definition der Erhebung (Parameter zur Eingabe in RiBESS+) | | | | | | | | | | | | | | **B.** Umfang der Beprobung | | | | | | | **C.** Erhebungsergebnisse | | | | | | | 22. Anmerkungen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 5. Zielpopulation | | | 6. Epidemiologische Einheiten | | 7. Detektionsmethoden | | | | 8. Stichprobeneffektivität | 9. Sensitivität der Methode | 10. Risikofaktoren (Tätigkeiten, Standorte und Flächen) | | | | | 11. Anzahl der inspizierten epidemiologischen Einheiten | 12. Zahl der visuellen Untersuchungen | 13. Anzahl der Stichproben | 14. Anzahl der Fallen | 15. Anzahl der Fangstellen | 16. Anzahl der Tests | 17. Anzahl anderer Maßnahmen | 18. Ergebnisse | | | 19. Meldenummer(n) der gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 gemeldeten Ausbrüche, sofern zutreffend | | 20. Erreichtes Konfidenzniveau | 21. Angenommene Prävalenz | |
| | | | | Wirtsarten | Fläche (in ha oder einer passenderen Einheit) | Inspektionseinheiten | Beschreibung | Einheiten | Visuelle Untersuchungen | Fang | Testung | Andere Maßnahmen | | | Risikofaktor | Risikoniveau | Anzahl der Orte | Relative Risiken | Anteil der Wirtspflanzenpopulation | | | | | | | | Positiv | Negativ | Unklar | Nummer | Datum | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

“

2.2. Anweisungen zum Ausfüllen des Meldebogens

Erläutern Sie für jeden Schädling, welche Annahmen bei der Konzeption der Erhebung zugrunde gelegt wurden. Fassen Sie zusammen und begründen Sie:

— Zielpopulation, epidemiologische Einheit und Inspektionseinheiten

— Detektionsmethode und Sensitivität der Methode

— Risikofaktoren mit Angabe des Risikoniveaus und der entsprechenden relativen Risiken sowie Anteile der Wirtspflanzenpopulation

In Spalte 1: Hier ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Schädlings anzugeben (wie in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 oder einer etwaigen spezifischen Maßnahme für einen bestimmten Schädling aufgeführt).

In Spalte 2: Geben Sie die geografischen Orte an, an denen die Erhebung durchgeführt wurde, vorzugsweise unter Verwendung der verfügbaren niedrigeren NUTS-Ebenen.

In Spalte 3: Geben Sie die Erhebungsorte an und verwenden Sie dabei immer dann mehr als eine Zeile pro Schädling, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist. Bitte melden Sie die Erhebungen an ermächtigten Produktionsorten stets in einer eigenen Zeile. Falls Sie „andere“ wählen, geben Sie bitte an, worum es sich handelt:

1. Im Freien (Produktionsfläche): 1.1 auf freiem Feld (Acker, Weide); 1.2 Obstgarten/Weinberg; 1.3. Baumschule; 1.4. Wald;

2. Im Freien (andere): 2.1 Privatgärten; 2.2 öffentliche Orte; 2.3 Schutzgebiet; 2.4 Wildpflanzen außerhalb von Schutzgebieten; 2.5. andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie, Feuchtgebiete, Bewässerungs- und Entwässerungsnetz usw.);

3. Unter physisch abgeschlossenen Bedingungen: 3.1. Gewächshaus; 3.2 privates Anwesen, ausgenommen Gewächshaus; 3.3 öffentlicher Ort, ausgenommen Gewächshaus; 3.4. andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie).

In Spalte 4: Geben Sie die Monate des Jahres an, in denen die Erhebungen durchgeführt wurden.

In Spalte 5: Geben Sie die gewählte Zielpopulation an und übermitteln Sie die entsprechende Liste der erfassten Wirtsarten und Flächen. Die Zielpopulation ist als Gesamtheit aller Inspektionseinheiten definiert. Ihre Größe wird bei landwirtschaftlichen Flächen in der Regel in Hektar angegeben; die Angabe kann jedoch auch in Parzellen, Feldern, Gewächshäusern usw. erfolgen. Bitte begründen Sie Ihre Wahl in den zugrunde liegenden Annahmen. Geben Sie die in der Erhebung erfassten Inspektionseinheiten an. Eine „Inspektionseinheit“ bezeichnet Pflanzen, Pflanzenteile, Waren, Materialien, Schädlingsvektoren, die zur Feststellung und Identifizierung des Schädlings untersucht wurden. Ist das Zielpopulationsgebiet nicht verfügbar, geben Sie „N/V“ an und nennen die Anzahl der Inspektionseinheiten, aus denen sich die Zielpopulation zusammensetzt.

In Spalte 6: Beschreiben Sie die epidemiologischen Einheiten, an denen die Erhebung durchgeführt wurde, und geben Sie ihre Maßeinheit an. „Epidemiologische Einheit“ bezeichnet ein homogenes Gebiet, in dem die Wechselwirkungen zwischen dem Schädling, den Wirtspflanzen und den abiotischen und biotischen Faktoren und Bedingungen bei Auftreten des Schädlings zu derselben Epidemiologie führen würden. Bei den epidemiologischen Einheiten handelt es sich um in Bezug auf die Epidemiologie homogene Untereinheiten der Zielpopulation mit mindestens einer Wirtspflanze. In manchen Fällen kann die komplette Wirtspflanzenpopulation in einer Region, einem Gebiet oder einem Land als epidemiologische Einheit definiert werden. Es kann sich dabei um NUTS-Regionen, urbane Flächen, Wälder, Rosengärten, landwirtschaftliche Betriebe oder Hektare handeln. Die getroffene Auswahl ist in den zugrunde liegenden Annahmen zu begründen.

In Spalte 7: Geben Sie die bei der Erhebung angewandten Methoden an, einschließlich der Anzahl der Tätigkeiten in jedem Fall, die entsprechend den für die einzelnen Schädlinge geltenden spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung durchgeführt wurden. Geben Sie „N/V“ an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht verfügbar sind.

In Spalte 8: Geben Sie eine Schätzung der Stichprobeneffektivität an. Die Stichprobeneffektivität bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, mit der die befallenen Pflanzenteile einer befallenen Pflanze ausgewählt werden. Bei Vektoren bezeichnet sie die Effektivität der Methode, einen positiven Vektor zu fangen, wenn er auf der Fläche der Erhebung auftritt. Bei Böden bezeichnet sie die Effektivität, mit der eine Bodenprobe ausgewählt wird, die den Schädling enthält, wenn er auf der Fläche der Erhebung auftritt.

In Spalte 9: „Sensitivität der Methode" bezeichnet die Wahrscheinlichkeit einer Methode, ein Auftreten des Schädlings korrekt festzustellen. Die Sensitivität der Methode ist definiert als die Wahrscheinlichkeit, mit der ein echt positiver Wirt gefunden, als positiv bestätigt und nicht falsch identifiziert wird. Sie ist die Multiplikation der Stichprobeneffektivität (d. h. der Wahrscheinlichkeit, mit der die befallenen Pflanzenteile einer befallenen Pflanze ausgewählt werden) mit der diagnostischen Sensitivität (gekennzeichnet durch die visuelle Untersuchung und/oder den Labortest, der im Identifizierungsverfahren verwendet wird).

In Spalte 10: Geben Sie die Risikofaktoren jeweils in einer eigenen Zeile an und verwenden Sie so viele Zeilen wie nötig. Geben Sie für jeden Risikofaktor das Risikoniveau und das entsprechende relative Risiko sowie den Anteil der Wirtspflanzenpopulation an.

In Spalte B: Geben Sie die Einzelheiten der Erhebung je nach den für die einzelnen Schädlinge geltenden spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung an. Geben Sie „N/Z" an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht zutreffen. Die in diesen Spalten zu machenden Angaben beziehen sich auf die Informationen in der Spalte 7 „Detektionsmethoden".

In Spalte 15: Geben Sie die Anzahl der Fangstellen an, wenn diese von der Anzahl der Fallen (Spalte 14) abweicht (z. B. wenn dieselbe Falle an verschiedenen Stellen eingesetzt wird).

In Spalte 18: Geben Sie die Anzahl der Proben mit positivem, negativem oder unklarem Befund an. „Unklar" sind jene Proben, deren Untersuchung aufgrund unterschiedlicher Faktoren (z. B. Ergebnis unter der Nachweisgrenze, Probe nicht bearbeitet–nicht identifiziert, alte Probe usw.) ergebnislos geblieben ist.

In Spalte 19: Geben Sie die Meldungen der Ausbrüche jenes Jahres an, in dem die Erhebung durchgeführt wurde.

In Spalte 20: Geben Sie die Sensitivität der Erhebung gemäß ISPM 31 an. Dieser Wert für das erreichte Konfidenzniveau der Schädlingsfreiheit berechnet sich anhand der durchgeführten Inspektionen (und/oder Stichproben) unter Berücksichtigung der Sensitivität der Methode und der angenommenen Prävalenz.

In Spalte 21: Geben Sie die angenommene Prävalenz aufgrund einer Vorerhebungsschätzung der wahrscheinlichen tatsächlichen Prävalenz des Schädlings auf der Fläche an. Die angenommene Prävalenz wird als Ziel der Erhebung festgelegt und richtet sich nach dem Kompromiss der Risikomanager zwischen dem Risiko eines Auftretens des Schädlings und den für die Erhebung verfügbaren Ressourcen. Typischerweise wird für eine Nachweiserhebung ein Wert von 1 % festgelegt.

TEIL III

**Elemente des Jahresberichts betreffend die Zusammenfassung der Ergebnisse der Erhebungen und die Aktualisierung des Schädlingsstatus der mit der Erhebung erfassten Schädlinge gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c**

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Erhebungen zusammengefasst und es wird der Schädlingsstatus jedes mit der jährlichen Erhebung erfassten Schädlings gemäß dem Internationalen Standard für Pflanzenschutzmaßnahmen (ISPM 8) und dem folgenden Meldebogen aktualisiert:

Aktualisierung des Schädlingsstatus aller mit der jährlichen Erhebung erfassten Schädlinge gemäß dem Internationalen Standard für Pflanzenschutzmaßnahmen (ISPM 8)

| | **Schädling** | **Schädlingsstatus zu Beginn der Erhebung** | **Aktualisierter Schädlingsstatus nach der jährlichen Erhebung** |
|---|---|---|---|
| 1. | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| n | | | |

*ANHANG II*

**Format für die in Artikel 23 der Verordnung (EU) 2016/2031 vorgesehenen Mehrjahresprogramme für Erhebungen und praktische Modalitäten für die Anwendung der in diesem Artikel genannten Elemente**

TEIL I

**Allgemeine Informationen gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a**

1. Meldebogen

„Allgemeine Informationen für [Jahre]

— Mitgliedstaat:

— Zuständige Behörde:

— Ansprechpartner (Name, Funktion bei der zuständigen Behörde, Name der Organisation, Telefonnummer und funktionales E-Mail-Konto):

— Spezifisches Ziel für jedes Jahr des Mehrjahresprogramms für Erhebungen (Genaueres dazu vgl. Buchstabe a im Abschnitt ‚Praktische Modalitäten'):

— Begründung gemäß Artikel 22 Absatz 1 und Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 für den Fall, dass bestimmte Unionsquarantäneschädlinge, vorläufig als Unionsquarantäneschädlinge eingestufte Schädlinge oder prioritäre Schädlinge (auf jährlicher Basis) nicht in das Mehrjahresprogramm für Erhebungen aufgenommen werden (Genaueres dazu vgl. Buchstabe b im Abschnitt ‚Praktische Modalitäten'):

| **Schädling** | **Begründung für die Nichtaufnahme in das Mehrjahresprogramm für Erhebungen** |
|---|---|
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

— Methoden zur Erfassung und Übermittlung der gesammelten Informationen (Genaueres dazu vgl. Buchstabe c im Abschnitt ‚Praktische Modalitäten'):

— Vom Mitgliedstaat bereitgestellte Zusammenfassung, die für die breite Öffentlichkeit verfügbar ist (zur Veröffentlichung auf der Website der Kommission, zwischen 350 und 2 000 Wörtern) (Genaueres dazu vgl. Buchstabe d im Abschnitt ‚Praktische Modalitäten'):"

2. Praktische Modalitäten

a) Beschreiben Sie kurz die Verteilung der Schädlinge während der 5–7 Jahre Laufzeit des Mehrjahresprogramms und erläutern Sie diese Verteilung.

b) Legen Sie gemäß Artikel 22 Absatz 1 und Artikel 24 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 für jeden nicht in das Mehrjahresprogramm für Erhebungen aufgenommenen Schädling eine entsprechende Begründung vor.

c) Fügen Sie Ihren Angaben zu den Methoden zur Erfassung und Übermittlung der gesammelten Informationen eine kurze Beschreibung der wichtigsten Methoden zur Durchführung der Erhebungen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats und zur Berichterstattung über sie bei.

d) Nehmen Sie in die für die breite Öffentlichkeit bestimmte Zusammenfassung folgende Punkte auf:

— *eine kurze Beschreibung des Mehrjahresprogramms für Erhebungen und den Umfang des Programms;*

— *eine kurze Beschreibung der für die Erhebungen verwendeten Methodik, (ggf.) einschließlich neuer oder innovativer Technologien;*

— *die Gesamtzahl der erfassten Schädlinge;*

— *einen Link zur Website der zuständigen nationalen Behörde mit weiteren Informationen (falls verfügbar).*

## Meldebögen für die Mehrjahresprogramme für Erhebungen gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b

### 1. Elemente des Mehrjahresprogramms für Erhebungen zu Unionsquarantäneschädlingen und Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen diese Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten

1.1. Meldebogen

„Mehrjahresprogramm für Erhebungen über [Jahre] zu Unionsquarantäneschädlingen und Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen die Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten

| **1. Jahr** | **2. In Gruppen erfasste Schädlinge** | **3. Schädling** | **4. Geografischer Ort** | **5. Erhebungsorte** | | **6. Risikogebiete** | **7. Pflanzenmaterial/Ware** | **8. Liste der Pflanzenarten** | **9. Zeitplan** | **10. Angaben zur Erhebung:** A) Zahl der visuellen Untersuchungen, nach Gruppe B) Gesamtzahl der Proben C) Ggf. Anzahl der asymptomatischen Proben D) Art der Fallen (oder anderer, alternativer Methoden (z. B. Streifkescher)) E) Anzahl der Fallen (oder anderer Fangmethoden) F) Anzahl der Fangstellen (wenn abweichend von den Angaben unter (E)) G) Art der Tests (z. B. mikroskopische Identifizierung, PCR usw.) H) Anzahl der Tests I) Sonstige Maßnahmen (z. B. Spürhunde, Drohnen, Hubschrauber, Sensibilisierungskampagnen usw.) J) Anzahl der sonstigen Maßnahmen | | | | | | | | | | **11. Anmerkungen** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | **Beschreibung** | **Anzahl** | | | | | **A** | **B** | **C** | **D** | **E** | **F** | **G** | **H** | **I** | **J** | |
| Jahr 1 | Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Gruppe 2 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahr n | Gruppe 1 — Ermächtigte Produktions-orte | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Gruppe 2 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

“

1.2. Praktische Modalitäten

In Spalte 2: Mit Ausnahme von „Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte“ ist die Planung der Erhebungen nach Schädlingsgruppen fakultativ. Geben Sie ggf. die Gruppe der Schädlinge an, die in einer Erhebung zusammengefasst wurden (z. B. Zitrusfruchtschädlinge, Laubholzschädlinge, Nadelholzschädlinge, Getreideschädlinge, Kartoffelschädlinge, andere (bitte angeben)). Ist ein Schädling mehreren Gruppen zuzuordnen, sind im Programm die entsprechenden Angaben zum Schädling in jeder Gruppe zu machen.

Unter „Gruppe 1 — Ermächtigte Produktionsorte“ ist die Liste der Schädlinge, zu denen Erhebungen durchgeführt werden, anzugeben; verwenden Sie bei Bedarf mehr als eine Zeile, um unterschiedliche Erhebungsorte aus Spalte 5 „Erhebungsorte“ zu beschreiben. In dieser Gruppe geben Sie bitte die Daten je Schädling an (d. h. keine Aggregierung der Daten auf Gruppenebene). Ermächtigte Produktionsorte sind Orte, deren Unternehmer nach entsprechender Ermächtigung durch die zuständige Behörde Pflanzenpässe ausstellen darf.

In Spalte 3: Hier ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Schädlings anzugeben (wie in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 oder einer etwaigen spezifischen Maßnahme für einen bestimmten Schädling aufgeführt). Bitte verwenden Sie für jeden Schädling eine Zeile.

In Spalte 4: Geben Sie die geografischen Orte an, an denen die Erhebung durchgeführt wird, vorzugsweise unter Verwendung der derzeit verfügbaren niedrigeren NUTS-Ebenen. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen können die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile aggregiert werden. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, können die Daten je Schädling in einer Zeile aggregiert werden. Ggf. können auch so viele Zeilen verwendet werden, wie Orte angegeben wurden.

In Spalte 5: Geben Sie die Erhebungsorte an und verwenden Sie dabei immer dann mehr als eine Zeile pro Schädling, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist, und geben Sie die Zahl der Orte an, an denen Erhebungen durchgeführt werden. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen besteht die Möglichkeit, die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile zu aggregieren und die Gesamtzahl der Erhebungsorte anzugeben. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, besteht die Möglichkeit, die Daten je Schädling in einer Zeile zu aggregieren und die Gesamtzahl der Erhebungsorte anzugeben. Falls Sie „andere“ wählen, geben Sie bitte an, worum es sich handelt:

1. Im Freien (Produktionsfläche): 1.1 auf freiem Feld (Acker, Weide); 1.2 Obstgarten/Weinberg; 1.3. Baumschule; 1.4. Wald;

2. Im Freien (andere): 2.1 Privatgärten; 2.2 öffentliche Orte; 2.3 Schutzgebiet; 2.4 Wildpflanzen außerhalb von Schutzgebieten; 2.5 andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie, Feuchtgebiete, Bewässerungs- und Entwässerungsnetz usw.);

3. Unter physisch abgeschlossenen Bedingungen: 3.1. Gewächshaus; 3.2 privates Anwesen, ausgenommen Gewächshaus; 3.3 öffentlicher Ort, ausgenommen Gewächshaus; 3.4. andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie).

In Spalte 6: Fakultativ oder gegebenenfalls entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung. Geben Sie die Risikogebiete anhand der Biologie des Schädlings/der Schädlinge, des Vorhandenseins von Wirtspflanzen, der ökologisch-klimatischen Bedingungen und der Risikostandorte an.

In Spalte 7: Geben Sie Pflanzen, Früchte, Samen, Boden, Verpackungsmaterial, Holz, Maschinen, Fahrzeuge, Vektor, Wasser oder Sonstiges mit Erläuterung des jeweiligen Falls an. Ist in den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung die Liste der Waren festgelegt, zu denen Erhebungen durchzuführen sind, sind in das Programm die geplanten Tätigkeiten je Ware aufzunehmen und dafür verschiedene Zeilen zu verwenden.

In Spalte 8: Geben Sie die Liste der Pflanzenarten/Pflanzengattungen an, zu denen Erhebungen durchgeführt werden. Wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist, ist in das Programm eine Liste der Pflanzenarten/Pflanzengattungen aufzunehmen, wobei für jede Pflanzenart/Pflanzengattung eine eigene Zeile zu verwenden ist.

In Spalte 9: Geben Sie die Monate des Jahres an, in denen die Erhebungen durchgeführt werden. Bei einer Berichterstattung nach Schädlingsgruppen können die Daten für alle in der Gruppe enthaltenen Schädlinge in einer Zeile aggregiert werden. Findet keine Berichterstattung nach Schädlingsgruppen statt, können die Daten je Schädling in einer Zeile aggregiert werden.

In Spalte 10: Geben Sie die Einzelheiten der Erhebung unter Berücksichtigung der für die einzelnen Schädlinge geltenden spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung an. Geben Sie „N/V“ an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht verfügbar sind. Die Daten in dieser Spalte dürfen nur bei der Zahl der visuellen Untersuchungen auf derselben Schädlingsgruppen-Ebene aggregiert werden. Verwenden Sie verschiedene Zeilen, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist (z. B. zur Angabe verschiedener Arten von Tests und deren Anzahl).

2. **Elemente des Mehrjahresprogramms für Erhebungen betreffend statistisch basierte Erhebungen zu Unionsquarantäneschädlingen und Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen diese Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten (anwendbar, wenn statistisch basierte Erhebungen durchgeführt werden)**

„Im Mehrjahresprogramm für Erhebungen werden die Erhebung, einschließlich ihrer Eingabeparameter, und der geplante Umfang der Beprobung zusammengefasst und begründet

2.1 Meldebogen

Programm der statistisch basierten Erhebungen aus [Jahre] zu Unionsquarantäneschädlingen und Schädlingen, die den Maßnahmen der Artikel 29 und 30 der Verordnung (EU) 2016/2031 unterliegen, in Gebieten, in denen die Schädlinge — soweit bekannt — nicht auftreten

| **1. Jahr** | **2. Schädling** | **3. Geografischer Ort** | **4. Erhebungsorte** | **5. Zeitplan** | **A. Definition der Erhebung (Parameter zur Eingabe in RiBESS+)** | | | | | | | | | | | | | | | | **B. Geplanter Umfang der Beprobung** | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | **6. Zielpopulation** | | | **7. Epidemiologische Einheiten** | | **8. Geplante Detektionsmethoden** | | | | **9. Stichprobeneffektivität** | **10. Sensitivität der Methode** | **11. Risikofaktoren (Tätigkeiten, Standorte und Flächen)** | | | | | **12. Anzahl der zu inspizierenden epidemiologischen Einheiten** | **13. Anzahl der Untersuchungen** | **14. Anzahl der Stichproben** | **15. Anzahl der Fallen** | **16. Anzahl der Fangstellen** | **17. Anzahl der Tests** | **18. Anzahl sonstiger Maßnahmen** | **19. Erwartetes Konfidenzniveau** | **20. Angenommene Prävalenz** | **21. Anmerkungen** |
| | | | | | Wirtsarten | Fläche (in ha oder einer passenderen Einheit) | Anzahl der Inspektionseinheiten | Beschreibung | Einheiten | Visuelle Untersuchungen | Fang | Testung | Andere Maßnahmen | | | Risikofaktoren | Risikoniveau | Anzahl der Orte | Relative Risiken | Anteil der Wirtspflanzenpopulation | | | | | | | | | |
| 1 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| N | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| N | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

“

2.2. Praktische Modalitäten

Erläutern Sie für jeden Schädling, welche Annahmen bei der Konzeption der Erhebung zugrunde gelegt werden. Fassen Sie zusammen und begründen Sie:

— Zielpopulation, epidemiologische Einheit und Inspektionseinheiten

— Detektionsmethode und Sensitivität der Methode

— Risikofaktoren mit Angabe des Risikoniveaus und der entsprechenden relativen Risiken sowie Anteile der Wirtspflanzenpopulation

In Spalte 2: Hier ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Schädlings anzugeben (wie in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 oder einer etwaigen spezifischen Maßnahme für einen bestimmten Schädling aufgeführt).

In Spalte 3: Geben Sie die geografischen Orte an, an denen die Erhebung durchgeführt wird, vorzugsweise unter Verwendung der verfügbaren niedrigeren NUTS-Ebenen.

In Spalte 4: Geben Sie die Erhebungsorte an und verwenden Sie dabei immer dann mehr als eine Zeile pro Schädling, wenn dies entsprechend den spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung erforderlich ist. Bitte planen Sie die in ermächtigten Produktionsorten durchzuführenden Erhebungen stets in einer eigenen Zeile. Falls Sie „andere“ wählen, geben Sie bitte an, worum es sich handelt:

1. Im Freien (Produktionsfläche): 1.1 auf freiem Feld (Acker, Weide); 1.2 Obstgarten/Weinberg; 1.3 Baumschule; 1.4 Wald;

2. Im Freien (andere): 2.1 Privatgärten; 2.2 öffentliche Orte; 2.3 Schutzgebiet; 2.4 Wildpflanzen außerhalb von Schutzgebieten; 2.5 andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie, Feuchtgebiete, Bewässerungs- und Entwässerungsnetz usw.);

3. Unter physisch abgeschlossenen Bedingungen: 3.1. Gewächshaus; 3.2 privates Anwesen, ausgenommen Gewächshaus; 3.3 öffentlicher Ort, ausgenommen Gewächshaus; 3.4. andere Orte, mit Angabe des jeweiligen Falls (z. B. Gartenfachmarkt, gewerbliche Standorte, an denen Holzverpackungsmaterial verwendet wird, Holzindustrie).

In Spalte 5: Geben Sie die Monate des Jahres an, in denen die Erhebungen durchgeführt werden.

In Spalte 6: Geben Sie die ausgewählte Zielpopulation jeweils mit der Liste der Wirtsarten und dem erfassten Gebiet an. Die Zielpopulation ist als Gesamtheit aller Inspektionseinheiten definiert. Ihre Größe wird bei landwirtschaftlichen Flächen in der Regel in Hektar angegeben; die Angabe kann jedoch auch in Parzellen, Feldern, Gewächshäusern usw. erfolgen. Bitte begründen Sie Ihre Wahl in den zugrunde liegenden Annahmen in Spalte 21 („Anmerkungen“). Geben Sie die in der Erhebung erfassten Inspektionseinheiten an. Eine „Inspektionseinheit“ bezeichnet Pflanzen, Pflanzenteile, Waren, Materialien, Schädlingsvektoren, die zur Feststellung und Identifizierung des Schädlings untersucht werden. Ist das Zielpopulationsgebiet nicht verfügbar, geben Sie „N/V“ an und nennen die Anzahl der Inspektionseinheiten, aus denen sich die Zielpopulation zusammensetzt.

In Spalte 7: Geben Sie die in der Erhebung erfassten epidemiologischen Einheiten samt Beschreibung und Maßeinheit an. „Epidemiologische Einheit“ bezeichnet ein homogenes Gebiet, in dem die Wechselwirkungen zwischen dem Schädling, den Wirtspflanzen und den abiotischen und biotischen Faktoren und Bedingungen bei Auftreten des Schädlings zu derselben Epidemiologie führen würden. Bei den epidemiologischen Einheiten handelt es sich um in Bezug auf die Epidemiologie homogene Untereinheiten der Zielpopulation mit mindestens einer Wirtspflanze. In manchen Fällen kann die komplette Wirtspflanzenpopulation in einer Region, einem Gebiet oder einem Land als epidemiologische Einheit definiert werden. Es kann sich dabei um NUTS-Regionen, urbane Flächen, Wälder, Rosengärten, landwirtschaftliche Betriebe oder Hektare handeln. Die getroffene Auswahl ist in den zugrunde liegenden Annahmen zu begründen.

In Spalte 8: Geben Sie die bei der Erhebung anzuwendenden Methoden an, einschließlich der Anzahl der in jedem Fall durchzuführenden Tätigkeiten entsprechend den für die einzelnen Schädlinge geltenden spezifischen gesetzlichen Anforderungen an die Schädlingserhebung. Geben Sie „N/V“ an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht verfügbar sind. Tragen Sie bei „Visuelle Untersuchungen“ Ja/Nein ein und machen Sie nähere Angaben zu den Methoden für „Fang“, „Testung“ und „Andere Maßnahmen“.

In Spalte 9: Geben Sie eine Schätzung der Stichprobeneffektivität an. Die Stichprobeneffektivität bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, mit der die befallenen Pflanzenteile einer befallenen Pflanze ausgewählt werden. Bei Vektoren bezeichnet sie die Effektivität der Methode, einen positiven Vektor zu fangen, wenn er auf der Fläche der Erhebung auftritt. Bei Böden bezeichnet sie die Effektivität, mit der eine Bodenprobe ausgewählt wird, die den Schädling enthält, wenn er auf der Fläche der Erhebung auftritt.

In Spalte 10: „Sensitivität der Methode“ ist als die Wahrscheinlichkeit einer Methode definiert, ein Auftreten des Schädlings korrekt festzustellen. Die Sensitivität der Methode ist definiert als die Wahrscheinlichkeit, mit der ein echt positiver Wirt gefunden, als positiv bestätigt und nicht falsch identifiziert wird. Sie ist die Multiplikation der Stichprobeneffektivität (d. h. der Wahrscheinlichkeit, mit der die befallenen Pflanzenteile einer befallenen Pflanze ausgewählt werden) mit der diagnostischen Sensitivität (gekennzeichnet durch die visuelle Untersuchung und/oder den Labortest, der im Identifizierungsverfahren verwendet wird).

In Spalte 11: Geben Sie die Risikofaktoren jeweils in einer eigenen Zeile an und verwenden Sie so viele Zeilen wie nötig. Geben Sie für jeden Risikofaktor das Risikoniveau und das entsprechende relative Risiko sowie den Anteil der Wirtspflanzenpopulation an.

In Spalte B: Geben Sie die Anzahl der geplanten Tätigkeiten und die Art der jeweiligen Tätigkeit an. Geben Sie „N/V“ an, wenn die in bestimmten Spalten zu machenden Angaben nicht verfügbar sind. Die in diesen Spalten zu machenden Angaben beziehen sich auf die Informationen in der Spalte 8 „Geplante Detektionsmethoden“.

Spalte 16: Geben Sie die Anzahl der Fangstellen an, wenn diese von der Anzahl der Fallen (Spalte 15) abweicht (z. B. wenn dieselbe Falle an verschiedenen Stellen eingesetzt wird).

In Spalte 20: Geben Sie die Sensitivität der Erhebung gemäß ISPM 31 an. Dieser Wert für das erreichte Konfidenzniveau der Schädlingsfreiheit berechnet sich anhand der durchgeführten Inspektionen (und/oder Stichproben) unter Berücksichtigung der Sensitivität der Methode und der angenommenen Prävalenz.

In Spalte 21: Geben Sie die angenommene Prävalenz aufgrund einer Vorerhebungsschätzung der wahrscheinlichen tatsächlichen Prävalenz des Schädlings auf der Fläche an. Die angenommene Prävalenz wird als Ziel der Erhebung festgelegt und richtet sich nach dem Kompromiss der Risikomanager zwischen dem Risiko eines Auftretens des Schädlings und den für die Erhebung verfügbaren Ressourcen. Typischerweise wird für eine Nachweiserhebung ein Wert von 1 % festgelegt.

# BESCHLÜSSE

## DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/1232 DER KOMMISSION

**vom 27. August 2020**

**über die Genehmigung der in 12-Volt-Motorgeneratoren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge, einschließlich bestimmter Hybrid-Elektrofahrzeuge und Fahrzeuge, die mit alternativen Kraftstoffen betrieben werden können, verwendeten effizienten Generatorfunktion als innovative Technologie gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von $CO_2$-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011 ([1]), insbesondere auf Artikel 11 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Am 27. November 2019 reichten die Hersteller Bayerische Motoren Werke AG, Daimler AG, FCA Italy S.p.A, Ford-Werke GmbH, Honda Motor Europe Ltd, Hyundai Motor Europe Technical Center GmbH, Jaguar Land Rover Ltd., Opel Automobile GmbH-PSA, Automobiles Citroën, Automobiles Peugeot, PSA Automobiles SA, Renault, Volkswagen AG und Volkswagen AG Nutzfahrzeuge sowie die Zulieferer SEG Automotive Germany GmbH und Valeo Electrification Systems einen gemeinsamen Antrag gemäß Artikel 12a der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission ([2]) auf Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/785 der Kommission ([3]) ein (im Folgenden der „Änderungsantrag"), um dessen Geltungsbereich auf die Bedingungen des weltweit harmonisierten Prüfverfahrens für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Worldwide Harmonised Light Vehicles Test Procedure, WLTP) gemäß der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission ([4]) auszudehnen und in seinen Anwendungsbereich die Verwendung der innovativen Technologie in bestimmten nicht extern aufladbaren Hybridelektrofahrzeugen (Not off-vehicle charging hybrid electric vehicle, NOVC-HEV) sowie in bestimmten NOVC-HEV und Personenkraftwagen, die mit bestimmten alternativen Kraftstoffen betrieben werden können, einzubeziehen.

(2) Am 27. November 2019 stellten die Hersteller Daimler AG, FCA Italy S.p.A, Hyundai Motor Europe Technical Center GmbH, Jaguar Land Rover Ltd., Opel Automobile GmbH-PSA, Automobiles Citroën, Automobiles Peugeot, PSA Automobiles SA, Renault, Volkswagen AG und Volkswagen AG Nutzfahrzeuge sowie die Zulieferer SEG Automotive Germany GmbH, Mitsubishi Electric Corporation und Valeo Electrification Systems einen gemeinsamen Antrag auf die Genehmigung gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631 der effizienten Generatorfunktion von 12-Volt-Motorgeneratoren zur Verwendung in leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotorantrieb, die mit Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff oder bestimmten alternativen Kraftstoffen betrieben werden können, sowie in bestimmten NOVC-HEV der Klasse $N_1$, die mit diesen Kraftstoffen betrieben werden können (im Folgenden der „Genehmigungsantrag").

([1]) ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 13.

([2]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission vom 25. Juli 2011 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2011, S. 19).

([3]) Durchführungsbeschluss (EU) 2017/785 der Kommission vom 5. Mai 2017 über die Genehmigung von effizienten 12-Volt-Motorgeneratoren zur Verwendung in Personenkraftwagen mit konventionellem Verbrennungsmotorantrieb als innovative Technologie zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 20).

([4]) Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1).

(3) Der Änderungsantrag und der Genehmigungsantrag wurden gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631, der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission ([5]) sowie dem technischen Leitfaden für die Vorbereitung von Anträgen auf Genehmigung innovativer Technologien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([6]) (Fassung vom Juli 2018) ([7]) bewertet.

(4) Da sich der Änderungsantrag und der Genehmigungsantrag auf dieselbe innovative Technologie beziehen und für ihre Verwendung in den betreffenden Fahrzeugklassen dieselben Bedingungen gelten, sollten sowohl der Änderungsantrag als auch der Genehmigungsantrag in einem einzigen Beschluss behandelt werden.

(5) Ein 12-Volt-Motorgenerator kann entweder als Elektromotor zur Umwandlung elektrischer Energie in mechanische Energie oder als Standardgenerator zur Umwandlung mechanischer Energie in elektrische Energie betrieben werden. Die Technologie, auf die sich der Änderungsantrag und der Genehmigungsantrag beziehen, betrifft eine effiziente Generatorfunktion eines 12-Volt-Motorgenerators.

(6) Die effiziente Generatorfunktion eines 12-Volt-Motorgenerators wurde bereits mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2017/785 und dem Durchführungsbeschluss (EU) 2020/728 der Kommission ([8]) als innovative Technologie zur Verwendung in Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotorantrieb sowie in bestimmten NOVC-HEV derselben Fahrzeugklassen genehmigt. Darüber hinaus wurde die innovative Technologie zur Verwendung in Personenkraftwagen und in leichten Nutzfahrzeuge genehmigt, die mit bestimmten alternativen Kraftstoffen betrieben werden können. Diesen Durchführungsbeschlüssen zufolge kann die innovative Technologie $CO_2$-Emissionen in einer Weise verringern, die nur zum Teil durch die Messungen bei der Emissionsprüfung nach dem NEFZ erfasst werden.

(7) Der Änderungsantrag und der Genehmigungsantrag beziehen sich allerdings auf das WLTP, und es wird nachgewiesen, dass die Messungen im Rahmen der Emissionsprüfung nach dem WLTP nur einen Teil der $CO_2$-Einsparungen erfassen, die durch die in effizienten 12-Volt-Motorgeneratoren verwendete Technologie erzielt werden.

(8) Anhand der Erfahrung, die im Rahmen der Bewertung der mit den Durchführungsbeschlüssen (EU) 2017/785 und (EU) 2020/728 genehmigten Anträgen gewonnen wurde, und unter Berücksichtigung der mit dem vorliegenden Änderungsantrag und Genehmigungsantrag vorgelegten Informationen wurde zufriedenstellend und schlüssig belegt, dass die effiziente Generatorfunktion eines 12-Volt-Motorgenerators die in Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/631 genannten Kriterien und die jeweils in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 genannten Auswahlkriterien erfüllt.

(9) Der Änderungsantrag und der Genehmigungsantrag betreffen die Verwendung der effizienten Generatorfunktion eines 12-Volt-Generators in Personenkraftfahrzeugen bzw. leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotorantrieb, die mit Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Flüssiggas (LPG), komprimiertem Erdgas (CNG) oder E85 betrieben werden können, oder in NOVC-HEV der Klasse $M_1$ oder $N_1$, die mit diesen Kraftstoffen betrieben werden können und für die im Einklang mit Anhang XXI Unteranhang 8 Anlage 2 Absatz 1.1.4 der Verordnung (EU) 2017/1151 unkorrigierte Messwerte für den Kraftstoffverbrauch und die $CO_2$-Emissionen verwendet werden können.

(10) Sowohl der Änderungsantrag als auch der Genehmigungsantrag nehmen auf die Methode zur Bestimmung der $CO_2$-Einsparungen aus der Verwendung der 12-Volt-Motorgeneratoren gemäß dem Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/785 Bezug, ausgenommen der Vorschlag, die Durchschnittsgeschwindigkeit des NEFZ (33,58 km/h) in die des WLTP (46,6 km/h) zu ändern und ein Einfahrverfahren aufzunehmen.

(11) Da die Bedingungen des WLTP berücksichtigt werden sollten, sollte die Durchschnittsgeschwindigkeit auf 46,6 km/h festgelegt werden.

---

([5]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission vom 25. April 2014 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen nach der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 26.4.2014, S. 57).

([6]) Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der $CO_2$-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1).

([7]) https://circabc.europa.eu/sd/a/a19b42c8-8e87-4b24-a78b-9b70760f82a9/July%202018%20Technical%20Guidelines.pdf

([8]) Durchführungsbeschluss (EU) 2020/728 der Kommission vom 29. Mai 2020 über die Genehmigung der in 12-Volt-Motorgeneratoren für bestimmte Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge verwendeten effizienten Generatorfunktion als innovative Technologie gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 170 vom 2.6.2020, S. 21).

(12) In Bezug auf die Aufnahme eines Einfahrverfahrens in die Prüfmethode für den Motorgenerator wird weder im Genehmigungsantrag noch im Änderungsantrag hinreichend genau dargelegt, wie diese Einfahrverfahren durchzuführen und wie die Auswirkungen des Einfahrens zu berücksichtigen wären. Darüber hinaus sieht die im Durchführungsbeschluss (EU) 2017/785 festgelegte Prüfmethode bereits vor, dass solche Auswirkungen gegebenenfalls dadurch berücksichtigt werden können, dass der Wirkungsgrad der Generatorfunktion des Motorgenerators mindestens fünfmal gemessen werden muss. Da der Wirkungsgrad der Generatorfunktion des Motorgenerators auf der Grundlage des Durchschnitts der Messergebnisse bestimmt wird, können etwaige positive oder negative Auswirkungen des Einfahrens bei der endgültigen Bestimmung des Wirkungsgrads angemessen berücksichtigt werden, erforderlichenfalls, indem mehr Messungen durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht angemessen, die Prüfmethode um ein zusätzliches spezielles Einfahrverfahren zu ergänzen, wie dies im Genehmigungsantrag und im Änderungsantrag vorgeschlagen wird.

(13) Um der Verwendung von alternativen Kraftstoffen Rechnung zu tragen, wird im Änderungsantrag und im Genehmigungsantrag vorgeschlagen, in die Prüfmethode diesen Kraftstoffen entsprechende zusätzliche Faktoren für die effektive Leistungsaufnahme, Umrechnungskoeffizienten für den Kraftstoffverbrauch und weitere Koeffizienten für zusätzliche Masse aufzunehmen.

(14) Die vorgeschlagenen Faktoren für die tatsächliche Leistungsaufnahme und die Umrechnungskoeffizienten für den Kraftstoffverbrauch sollten in die Prüfmethode aufgenommen werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sie den technischen Leitlinien entnommen sind. Was die vorgeschlagenen Koeffizienten für zusätzliche Masse anbelangt, so wurden die vorgeschlagenen Werte nicht schlüssig begründet, und ohne eine solche Begründung sollten die Koeffizienten für zusätzliche Masse anhand der Referenzwerte bestimmt werden, die bereits in den technischen Leitlinien enthalten sind.

(15) Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit von E85 auf dem Unionsmarkt insgesamt ist es nicht angezeigt, diesen Kraftstoff für die Zwecke der Prüfmethode von Ottokraftstoff zu unterscheiden. Deswegen werden für E85 dieselben Werte für die tatsächliche Leistungsaufnahme, die Umrechnung des Kraftstofferbrauchs und den Koeffizienten für zusätzliche Masse herangezogen wie für Ottokraftstoff.

(16) Sowohl im Änderungsantrag als auch im Genehmigungsantrag werden für die Generatorfunktion des 12-Volt-Motorgenerators neue Mindestwirkungsgrade vorgeschlagen. Es wird jedoch als angemessen erachtet, die im Durchführungsbeschluss (EU) 2020/728 festgelegten Mindestwirkungsgrade beizubehalten, da keine Belege dafür erbracht wurden, dass Motorgeneratoren mit einem geringeren Wirkungsgrad die Marktdurchdringungsanforderungen von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 erfüllen.

(17) Die Hersteller sollten die Möglichkeit haben, bei einer Typgenehmigungsbehörde die Zertifizierung von $CO_2$-Einsparungen durch den Einsatz der innovativen Technologie zu beantragen, sofern die in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Zu diesem Zweck sollten die Hersteller sicherstellen, dass dem Zertifizierungsantrag ein Prüfbericht einer unabhängigen und zertifizierten Stelle beigefügt ist, in dem bestätigt wird, dass die innovative Technologie den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen entspricht und dass die Einsparungen nach der in diesem Beschluss dargelegten Prüfmethode bestimmt wurden.

(18) Um den breiteren Einsatz der innovativen Technologie in Neufahrzeugen zu erleichtern, sollte ein Hersteller außerdem die Möglichkeit haben, die Zertifizierung der $CO_2$-Einsparungen der in verschiedenen Typen von 12-Volt-Motorgeneratoren verwendeten effizienten Generatorfunktionen in einem einzigen Zertifizierungsantrag zu beantragen. Es empfiehlt sich jedoch sicherzustellen, dass, wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, automatisch Anreize dafür gegeben werden, dass nur die Motorgeneratoren mit dem höchsten Wirkungsgrad zum Einsatz kommen.

(19) Es obliegt der Typgenehmigungsbehörde, gründlich zu überprüfen, ob die Bedingungen für die Zertifizierung der $CO_2$-Einsparungen durch den Einsatz einer innovativen Technologie gemäß diesem Beschluss erfüllt sind. Wird die Zertifizierung erteilt, sollte die zuständige Typgenehmigungsbehörde sicherstellen, dass alle für die Zertifizierung berücksichtigten Elemente in einem Prüfbericht festgehalten und zusammen mit dem Prüfbericht der unabhängigen Stelle aufbewahrt werden und dass diese Informationen der Kommission auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

(20) Für den Zweck der Bestimmung des allgemeinen Ökoinnovationscodes, der in den betreffenden Typgenehmigungsunterlagen gemäß den Anhängen I, VIII und IX der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([9]) zu verwenden ist, muss der innovativen Technologie ein individueller Code zugewiesen werden —

([9]) Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Rahmenrichtlinie) (ABl. L 263 vom 9.10.2007, S. 1).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

**Innovative Technologie**

Die in einem 12-Volt-Motorgenerator verwendete effiziente Generatorfunktion wird als innovative Technologie im Sinne von Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631 genehmigt, wobei berücksichtigt wird, dass sie nur zum Teil von dem Standardprüfverfahren gemäß der Verordnung (EU) 2017/1151 erfasst wird, und vorausgesetzt, dass die Technologie die folgenden Bedingungen erfüllt:

a) Sie wird in Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotorantrieb, die mit Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Flüssiggas (LPG), komprimiertem Erdgas (CNG) oder E85 betrieben werden können, oder in nicht extern aufladbare Hybridelektrofahrzeuge (NOVC-HEV) der Klasse $M_1$ oder $N_1$, die Anhang XXI Unteranhang 8 Anlage 2 Absatz 1.1.4 der Verordnung (EU) 2017/1151 entsprechen und mit den genannten Kraftstoffen betrieben werden können, eingebaut;

b) der Wirkungsgrad der Generatorfunktion, der nach der im Anhang beschriebenen Methode bestimmt wird, beträgt mindestens:

   i) 73,8 % bei mit Ottokraftstoff oder E85 betriebenen Fahrzeugen ohne Turbolader;

   ii) 73,4 % bei mit Ottokraftstoff oder E85 betriebenen Fahrzeugen mit Turbolader;

   iii) 74,2 % bei mit Dieselkraftstoff betriebenen Fahrzeugen;

   iv) 74,6 % bei mit LPG betriebenen Fahrzeugen ohne Turbolader;

   v) 74,1 % bei mit LPG betriebenen Fahrzeugen mit Turbolader;

   vi) 76,3 % bei mit CNG betriebenen Fahrzeugen ohne Turbolader;

   vii) 75,7 % bei mit CNG betriebenen Fahrzeugen mit Turbolader.

*Artikel 2*

**Antrag auf Zertifizierung von $CO_2$-Einsparungen**

(1) Ein Hersteller kann bei einer Typgenehmigungsbehörde unter Bezugnahme auf diesen Beschluss die Zertifizierung der $CO_2$-Einsparungen beantragen, die durch den Einsatz der gemäß Artikel 1 genehmigten Technologie (im Folgenden „die innovative Technologie“) in einem oder mehreren 12-Volt-Motorgeneratoren erzielt werden.

(2) Der Hersteller stellt sicher, dass dem Zertifizierungsantrag ein Prüfbericht einer unabhängigen und zertifizierten Stelle beigefügt ist, in dem bestätigt wird, dass die in Artikel 1 genannten Bedingungen erfüllt sind.

(3) Wurden $CO_2$-Einsparungen gemäß Artikel 3 zertifiziert, so stellt der Hersteller sicher, dass die zertifizierten $CO_2$-Einsparungen und der in Artikel 4 Absatz 1 genannte Ökoinnovationscode in die Übereinstimmungsbescheinigung der betreffenden Fahrzeuge eingetragen werden.

*Artikel 3*

**Zertifizierung von $CO_2$-Einsparungen**

(1) Die Typgenehmigungsbehörde stellt sicher, dass die durch den Einsatz der innovativen Technologie erzielten $CO_2$-Einsparungen nach der im Anhang beschriebenen Methode bestimmt wurden.

(2) Beantragt ein Hersteller für eine Fahrzeugversion die Zertifizierung der $CO_2$-Einsparungen durch den Einsatz der innovativen Technologie in mehr als einem 12-Volt-Motorgenerator, so ermittelt die Typgenehmigungsbehörde, welcher der geprüften 12-Volt-Motorgeneratoren die geringsten $CO_2$-Einsparungen erzielt. Dieser Wert ist für den Zweck von Absatz 4 heranzuziehen.

(3) Wird die innovative Technologie in ein Bi-Fuel- oder Flex-Fuel-Fahrzeug installiert, erfasst die Genehmigungsbehörde die $CO_2$-Einsparungen wie folgt:

a) bei Bi-Fuel-Fahrzeugen, die Ottokraftstoff und gasförmige Kraftstoffe nutzen, den Wert der $CO_2$-Einsparungen in Bezug auf LPG oder CNG;

b) bei Flex-Fuel-Fahrzeugen, die Ottokraftstoff und E85 nutzen, den Wert der $CO_2$-Einsparungen in Bezug auf Ottokraftstoff.

(4) Die Typgenehmigungsbehörde trägt die gemäß den Absätzen 1 und 2 bestimmten zertifizierten $CO_2$-Einsparungen und den in Artikel 4 Absatz 1 genannten Ökoinnovationscode in die einschlägigen Typgenehmigungsunterlagen ein.

(5) Die Typgenehmigungsbehörde hält alle bei der Zertifizierung berücksichtigten Elemente in einem Prüfbericht fest und bewahrt diesen Prüfbericht zusammen mit dem in Artikel 2 Absatz 2 genannten Prüfbericht auf und stellt der Kommission diese Informationen auf Anfrage zur Verfügung.

(6) Die Typgenehmigungsbehörde zertifiziert $CO_2$-Einsparungen nur, wenn sie feststellt, dass die innovative Technologie die Bedingungen in Artikel 1 erfüllt, und wenn die gemäß Nummer 3.5 des Anhangs bestimmten $CO_2$-Einsparungen mindestens 0,5 g $CO_2$/km betragen, wie dies in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 für Personenkraftwagen bzw. in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 für leichte Nutzfahrzeuge festgelegt ist.

*Artikel 4*

**Ökoinnovationscode**

(1) Der mit diesem Beschluss genehmigten innovativen Technologie wird der Ökoinnovationscode 33 zugewiesen.

(2) Die mit Bezugnahme auf diesen Ökoinnovationscode zertifizierten $CO_2$-Einsparungen können ab dem Kalenderjahr 2021 bei der Berechnung der durchschnittlichen spezifischen Emissionen der Hersteller berücksichtigt werden.

*Artikel 5*

**Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 27. August 2020

*Für die Kommission*
*Die Präsidentin*
Ursula VON DER LEYEN

*ANHANG*

**Methode zur Bestimmung der $CO_2$-Einsparungen, die durch die in einem effizienten 12-Volt-Motorgenerator für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit konventionellem Verbrennungsmotor und bestimmte Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit Hybridelektroantrieb verwendete Technologie erzielt werden**

1. EINLEITUNG

Dieser Anhang enthält die Methode zur Bestimmung der Einsparungen von $CO_2$ (Kohlendioxid), die durch den Einsatz eines effizienten 12-Volt-Motorgenerators (im Folgenden der „12V-Motorgenerator") in einem Fahrzeug der Klasse $M_1$ oder $N_1$ gemäß Artikel 1 erzielt werden.

2. BESTIMMUNG DES WIRKUNGSGRADS DES 12V-MOTORGENERATORS

Der Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators wird nach ISO 8854:2012 bestimmt; dabei ist Folgendes zu präzisieren:

Der Hersteller legt der Typgenehmigungsbehörde Belege vor, nach denen die Drehzahlbereiche des 12V-Motorgenerators dieselben wie in Tabelle 1 oder diesen vergleichbar sind.

Der Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators wird auf der Grundlage von Messungen an jedem in Tabelle 1 aufgeführten Betriebspunkt bestimmt.

Die Stromstärke des 12V-Motorgenerators an jedem Betriebspunkt muss die Hälfte der Nettostromstärke betragen. An jedem Betriebspunkt müssen bei der Messung Spannung und Ausgangsstromstärke des 12V-Motorgenerators konstant gehalten werden, die Spannung bei 14,3 V.

*Tabelle 1*

| Betriebspunkt i | Haltezeit [s] | Drehzahl $n_i$ [$min^{-1}$] | Häufigkeit von Betriebspunkten $h_i$ |
|---|---|---|---|
| 1 | 1 200 | 1 800 | 0,25 |
| 2 | 1 200 | 3 000 | 0,40 |
| 3 | 600 | 6 000 | 0,25 |
| 4 | 300 | 10 000 | 0,10 |

Der Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators an jedem Betriebspunkt i ($\eta_{MG_i}$) [%] wird nach Formel 1 berechnet:

*Formel 1*

$$\eta_{MG_i} = \frac{60 \cdot U_i \cdot I_i}{2\pi \cdot M_i \cdot n_i} \cdot 100$$

Dabei ist für jeden Betriebspunkt i

$U_i$ die Spannung [V]

$I_i$ die Stromstärke [A]

$M_i$ das Drehmoment [Nm]

$n_i$ die Drehzahl [$min^{-1}$]

Für jeden Betriebspunkt sind die Messungen mindestens fünfmal nacheinander durchzuführen. Der Wirkungsgrad ist für jede dieser Messungen zu berechnen ($\eta_{MG_{ij}}$), wobei j der Index für einen Satz Messungen ist.

Für jeden Betriebspunkt ist der Durchschnitt dieser Wirkungsgrade ($\overline{\eta_{MG_i}}$) zu berechnen.

Der Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators ($\eta_{MG}$) [%] wird nach Formel 2 berechnet.

*Formel 2*

$$\eta_{MG} = \sum_{i=1}^{4} h_i \cdot \overline{\eta_{MG_i}}$$

Dabei ist

$\overline{\eta_{MG_i}}$ der für den Betriebspunkt i bestimmte mittlere Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%],

$h_i$ die Häufigkeit des Betriebspunkts i gemäß Tabelle 1.

3. BERECHNUNG DER $CO_2$-EINSPARUNGEN UND IHRER UNSICHERHEIT

3.1. **Eingesparte mechanische Leistung**

Die Differenz ($\Delta P_m$) [W] zwischen der eingesparten mechanischen Leistung beim Einsatz des 12V-Motorgenerators unter realen Fahrbedingungen ($\Delta P_{mRW}$) und der eingesparten mechanischen Leistung beim Einsatz des 12V-Motorgenerators unter Typgenehmigungsbedingungen ($\Delta P_{mTA}$) wird nach Formel 3 berechnet:

*Formel 3*

$$\Delta P_m = \Delta P_{mRW} - \Delta P_{mTA}$$

Dabei ist

$\Delta P_{mRW}$ nach Formel 4 und $\Delta P_{mTA}$ nach Formel 5 zu berechnen.

*Formel 4*

$$\Delta P_{mRW} = \frac{P_{RW}}{\eta_B} - \frac{P_{RW}}{\eta_{MG}}$$

*Formel 5*

$$\Delta P_{mTA} = \frac{P_{TA}}{\eta_B} - \frac{P_{TA}}{\eta_{MG}}$$

Dabei ist

$\eta_{MG}$ der gemäß Nummer 2 bestimmte Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%]

$P_{RW}$ der Leistungsbedarf unter realen Fahrbedingungen: 750 W

$P_{TA}$ der Leistungsbedarf unter Typgenehmigungsbedingungen: 350 W

$\eta_B$ der Wirkungsgrad des Stromgenerators: 67 %

3.2. **Berechnung der $CO_2$-Einsparungen**

Die $CO_2$-Einsparungen des 12V-Motorgenerators ($C_{CO_2}$) [$gCO_2$/km] werden nach Formel 6 berechnet.

*Formel 6*

$$C_{CO_2} = \Delta P_m \cdot \frac{V_{Pe} \cdot CF}{v}$$

Dabei ist

$\Delta P_m$ die gemäß Nummer 3.1 bestimmte Differenz zwischen der eingesparten mechanischen Leistung unter realen Fahrbedingungen und der eingesparten mechanischen Leistung unter Typgenehmigungsbedingungen

v die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit des WLTP: 46,6 km/h

$V_{Pe}$ tatsächliche Leistungsaufnahme gemäß Tabelle 2 [l/kWh]

CF der Umrechnungsfaktor gemäß Tabelle 3 [$gCO_2$/l]

*Tabelle 2*

| Motortyp | Tatsächliche Leistungsaufnahme($V_{Pe}$) [l/kWh][l/kWh] |
|---|---|
| E85-kompatibler Ottomotor ohne Turbolader | 0,264 |
| E85-kompatibler Ottomotor mit Turbolader | 0,280 |
| Dieselmotor | 0,220 |
| LPG-Motor | 0,342 |
| LPG-Motor mit Turbolader | 0,363 |
| | Tatsächliche Leistungsaufnahme ($V_{Pe}$) [$m^3$/kWh] |
| CNG-Motor (G20) ohne Turbolader | 0,259 |
| CNG-Motor (G20) mit Turbolader | 0,275 |

*Tabelle 3*

| Art des Kraftstoffs | Umrechnungsfaktor (CF) [$gCO_2$/l] |
|---|---|
| Ottokraftstoff/E85 | 2 330 |
| Diesel | 2 640 |
| LPG | 1 629 |
| | Umrechnungsfaktor (CF) [$gCO_2/m^3$] |
| CNG (G20) | 1 795 |

3.3. **Berechnung der Unsicherheit der $CO_2$-Einsparungen**

Die Unsicherheit der gemäß Nummer 3.2 berechneten $CO_2$-Einsparungen ist wie folgt zu quantifizieren:

Zuerst ist die Standardabweichung des Wirkungsgrads des 12V-Motorgenerators an jedem Betriebspunkt ($S_{\overline{\eta_{MG_i}}}$) [%] nach Formel 7 zu berechnen.

*Formel 7*

$$S_{\overline{\eta_{MG_i}}} = \sqrt{\frac{\sum_{j=1}^{m}\left(\eta_{MG_{ij}} - \overline{\eta_{MG_i}}\right)^2}{m(m-1)}}$$

Dabei ist

m die Zahl der zur Bestimmung des Wirkungsgrads des 12V-Motorgenerators an jedem Betriebspunkt i durchgeführten Messungen j gemäß Nummer 2

$\eta_{MG_{ij}}$ der gemäß Nummer 2 für eine einzelne Messung j an einem Betriebspunkt i berechnete Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%]

$\overline{\eta_{MG_i}}$ der gemäß Nummer 2 für einen Betriebspunkt i berechnete mittlere Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%].

Danach ist die Standardabweichung des Wirkungsgrads des 12V-Motorgenerators ($s_{\eta_{MG}}$) [%] nach Formel 8 zu berechnen.

*Formel 8*

$$s_{\eta_{MG}} = \sqrt{\sum_{i=1}^{4} (h_i \cdot s_{\overline{\eta_{MG_i}}})^2}$$

Dabei ist

$s_{\overline{\eta_{MG_i}}}$ die nach Formel 7 bestimmte Standardabweichung an jedem Betriebspunkt [%]

$h_i$ die Häufigkeit des Betriebspunkts i gemäß Tabelle 1.

Schließlich ist die Unsicherheit der $CO_2$-Einsparungen ($s_{c_{CO_2}}$) [$gCO_2$/km] des 12V-Motorgenerators nach Formel 9 zu berechnen. Sie darf höchstens 30 % der $CO_2$-Einsparungen betragen:

*Formel 9*

$$s_{c_{CO_2}} = \frac{(P_{RW} - P_{TA})}{\eta_{MG}{}^2} \cdot \frac{V_{Pe} \cdot CF}{v} \cdot s_{\eta_{MG}}$$

Dabei ist

$P_{RW}$ der Leistungsbedarf unter realen Fahrbedingungen: 750 W

$P_{TA}$ der Leistungsbedarf unter Typgenehmigungsbedingungen: 350 W

$\eta_{MG}$ der gemäß Nummer 2 bestimmte Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%]

$V_{Pe}$ die tatsächliche Leistungsaufnahme gemäß Tabelle 2 [l/kWh]

CF der in Tabelle 3 festgelegte Umrechnungsfaktor [$gCO_2$/l]

v die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit des WLTP: 46,6 km/h

$s_{\eta_{MG}}$ die nach Formel 8 bestimmte Standardabweichung des Wirkungsgrads des effizienten 12V-Motorgenerators [%]

$\eta_{MG}$ der gemäß Nummer 2 bestimmte Wirkungsgrad des 12V-Motorgenerators [%]

3.4. **Rundung**

Die gemäß Nummer 3.2 berechneten $CO_2$-Einsparungen ($C_{CO_2}$) und die gemäß Nummer 3.3 berechnete Unsicherheit der $CO_2$-Einsparungen ($s_{c_{CO_2}}$) werden auf höchstens zwei Dezimalstellen gerundet.

Jeder zur Berechnung der $CO_2$-Einsparungen herangezogene Wert kann entweder ungerundet verwendet werden oder muss auf die Mindestzahl von Dezimalstellen gerundet werden, bei der sichergestellt ist, dass die maximale Gesamtauswirkung auf die Einsparungen (d. h. die kombinierte Auswirkung aller gerundeten Werte) weniger als 0,25 g $CO_2$/km beträgt.

3.5. **Abgleich mit der $CO_2$-Mindestsenkung**

Die Typgenehmigungsbehörde stellt sicher, dass für jede Fahrzeugversion, die mit dem 12V-Motorgenerator ausgerüstet ist, das jeweils in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 der Kommission festgelegte Mindestsenkungskriterium erfüllt ist.

Bei der Prüfung, ob das Mindestsenkungskriterium erfüllt ist, berücksichtigt die Typgenehmigungsbehörde nach Formel 10 die gemäß Nummer 3.2 bestimmten $CO_2$-Einsparungen, die gemäß Nummer 3.3 bestimmte Unsicherheit und — soweit zutreffend — eine $CO_2$-Korrektur im Falle einer positiven Massendifferenz (Δm) zwischen dem 12V-Motorgenerator und dem Vergleichsgenerator.

Für die Zwecke der positiven Massekorrektur wird die Masse des Vergleichsgenerators auf 7 kg festgelegt.

Der Hersteller legt der Typgenehmigungsbehörde vom Zulieferer bescheinigte Angaben zur Masse des 12V-Motorgenerators vor.

*Formel 10*

$$\left(C_{CO_2} - s_{C_{CO_2}} - \Delta CO_{2_m}\right) \geq MT$$

Dabei ist

MS 0,5 g $CO_2$/km, wie jeweils in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 der Kommission festgelegt

$C_{CO_2}$ die gemäß Nummer 3.2 bestimmten $CO_2$-Einsparungen [$gCO_2$/km]

$s_{C_{CO_2}}$ die gemäß Nummer 3.3 bestimmte Unsicherheit der $CO_2$-Einsparungen [$gCO_2$/km]

$\Delta CO_{2_m}$ die $CO_2$-Korrektur im Falle einer positiven Massendifferenz (Δm) [kg] zwischen dem 12V-Motorgenerator und dem Vergleichsgenerator, wie in Tabelle 4 [$gCO_2$/km] berechnet

*Tabelle 4*

| Art des Kraftstoffs | $CO_2$-Korrektur ($\Delta CO_{2_m}$) [$gCO_2$/km] |
|---|---|
| Ottokraftstoff/E85 | 0,0277 • Δm |
| Diesel | 0,0383 • Δm |
| LPG | 0,0251 • Δm |
| CNG | 0,0209 • Δm |

4. ZERTIFIZIERUNG VON $CO_2$-EINSPARUNGEN

Die $CO_2$-Einsparungen, die von der Typgenehmigungsbehörde gemäß Artikel 11 der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 bzw. (EU) Nr. 427/2014 ($CS_{CO_2}$) [$gCO_2$/km] zu zertifizieren sind, sind die nach Formel 11 berechneten. Die $CO_2$-Einsparungen werden für jede mit dem 12V-Motorgenerator ausgerüstete Fahrzeugversion in die Typgenehmigungsbescheinigung eingetragen.

*Formel 11*

$$CS_{CO_2} = \left(C_{CO_2} - s_{C_{CO_2}}\right)$$

Dabei ist bzw. sind

$C_{CO_2}$ die nach Formel 6 unter Nummer 3.2 bestimmten $CO_2$-Einsparungen [$gCO_2$/km]

$s_{C_{CO_2}}$ die nach Formel 9 unter Nummer 3.3 berechnete Unsicherheit der $CO_2$-Einsparungen des 12V-Motorgenerators [$gCO_2$/km]

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/1233 DER KOMMISSION

**vom 27. August 2020**

**zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten**

*(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 5948)*

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 zur Regelung der veterinärrechtlichen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,

gestützt auf die Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen Kontrollen im Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen innerhalb der Union im Hinblick auf den Binnenmarkt ([2]), insbesondere auf Artikel 10 Absatz 4,

gestützt auf die Richtlinie 2002/99/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs ([3]), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit dem Durchführungsbeschluss 2014/709/EU der Kommission ([4]) werden tierseuchenrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten festgelegt, in denen Fälle dieser Seuche bei Haus- oder Wildschweinen bestätigt wurden (im Folgenden „betroffene Mitgliedstaaten“). Im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses sind in den Teilen I bis IV bestimmte Gebiete der betroffenen Mitgliedstaaten abgegrenzt und nach ihrem Risikoniveau entsprechend der Lage in Bezug auf die genannte Seuche eingestuft. Der Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU ist unter Berücksichtigung der geänderten Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union, die sich in diesem Anhang widerspiegeln muss, mehrmals geändert worden. Nachdem sich die Seuchenlage in Litauen, Polen und der Slowakei geändert hatte, wurde der Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU zuletzt durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1211 der Kommission ([5]) geändert.

(2) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1211 sind neue Fälle der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen in Polen und der Slowakei aufgetreten.

(3) Im August 2020 wurden drei Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen im Powiat Olsztyński in Polen festgestellt; dieses Gebiet ist derzeit in Teil II des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU aufgeführt. Durch diese Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dementsprechend sollte dieses Gebiet in Polen, das in Teil II des genannten Anhangs aufgeführt und von den jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, statt in Teil II nun in Teil III des genannten Anhangs aufgeführt werden.

---

([1]) ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 13.
([2]) ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 29.
([3]) ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.
([4]) Durchführungsbeschluss 2014/709/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2014/178/EU (ABl. L 295 vom 11.10.2014, S. 63).
([5]) Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1211 der Kommission vom 20. August 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L 274 vom 21.8.2020, S. 32).

(4) Im August 2020 wurden drei Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen in den Bezirken Košice-okolie und Trebišov in der Slowakei in derzeit in Teil III des genannten Anhangs aufgeführten Gebieten festgestellt, die sich in unmittelbarer Nähe zu derzeit in Teil II des genannten Anhangs aufgeführten Gebieten befinden. Durch diese Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dementsprechend sollten diese in Teil II des genannten Anhangs aufgeführten Gebiete in der Slowakei, die sich in unmittelbarer Nähe von den in Teil III aufgeführten Gebieten befinden, die vom jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, statt in Teil II nun in Teil III des genannten Anhangs aufgeführt werden.

(5) Nach den jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest bei Hausschweinen in Polen und der Slowakei und unter Berücksichtigung der derzeitigen Seuchenlage in der Union wurde die Regionalisierung in diesen Mitgliedstaaten neu bewertet und aktualisiert. Darüber hinaus wurden auch die bestehenden Risikomanagementmaßnahmen neu bewertet und aktualisiert. Diese Änderungen sollten sich im Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU widerspiegeln.

(6) Um den jüngsten epidemiologischen Entwicklungen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union Rechnung zu tragen und die mit der Ausbreitung dieser Seuche verbundenen Risiken proaktiv anzugehen, sollten in Polen und der Slowakei neue, ausreichend große Gebiete mit hohem Risiko festgelegt und ordnungsgemäß in Teil III des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU aufgenommen werden. Angesichts der Tatsache, dass in Teil III des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU die Gebiete aufgeführt sind, in denen sich die Seuchenlage noch nicht beruhigt hat und sich weiterhin ändert, sollten bei etwaigen Änderungen bezüglich in dem genannten Teil aufgeführter Gebiete insbesondere auch die Auswirkungen auf die umliegenden Gebiete berücksichtigt werden, wie dies im vorliegenden Fall geschehen ist. Die Teile II und III des genannten Anhangs sollten daher entsprechend geändert werden.

(7) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ist es wichtig, dass die Änderungen, die mit dem vorliegenden Beschluss an dem Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU vorgenommen werden, so bald wie möglich wirksam werden.

(8) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 27. August 2020

*Für die Kommission*
Stella KYRIAKIDES
*Mitglied der Kommission*

*ANHANG*

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU erhält folgende Fassung:

*„ANHANG*

TEIL I

1. **Belgien**

Die folgenden Gebiete in Belgien:

in der Provinz Luxemburg:

— das Gebiet wird im Uhrzeigersinn begrenzt durch:
  — Grenze zu Frankreich,
  — Rue Mersinhat in Florenville,
  — die N818 bis zur Kreuzung mit der N83,
  — die N83 bis zur Kreuzung mit der N884,
  — die N884 bis zur Kreuzung mit der N824,
  — die N824 bis zur Kreuzung mit Le Routeux,
  — Le Routeux,
  — Rue d'Orgéo,
  — Rue de la Vierre,
  — Rue du Bout-d'en-Bas,
  — Rue Sous l'Eglise,
  — Rue Notre-Dame,
  — Rue du Centre,
  — die N845 bis zur Kreuzung mit der N85,
  — die N85 bis zur Kreuzung mit der N40,
  — die N40 bis zur Kreuzung mit der N802,
  — die N802 bis zur Kreuzung mit der N825,
  — die N825 bis zur Kreuzung mit der E25-E411,
  — die E25-E411 bis zur Kreuzung mit der N40,
  — N40: Burnaimont, Rue de Luxembourg, Rue Ranci, Rue de la Chapelle,
  — Rue du Tombois,
  — Rue Du Pierroy,
  — Rue Saint-Orban,
  — Rue Saint-Aubain,
  — Rue des Cottages,
  — Rue de Relune,
  — Rue de Rulune,
  — Route de l'Ermitage,
  — N87: Route de Habay,
  — Chemin des Ecoliers,
  — Le Routy,
  — Rue Burgknapp,
  — Rue de la Halte,
  — Rue du Centre,

— Rue de l'Eglise,

— Rue du Marquisat,

— Rue de la Carrière,

— Rue de la Lorraine,

— Rue du Beynert,

— Millewée,

— Rue du Tram,

— Millewée,

— N4: Route de Bastogne, Avenue de Longwy, Route de Luxembourg,

— Grenze zum Großherzogtum Luxemburg,

— Grenze zu Frankreich, bis zur Kreuzung mit der Rue Mersinhat in Florenville.

2. **Estland**

Die folgenden Gebiete in Estland:

— Hiiu maakond.

3. **Ungarn**

Die folgenden Gebiete in Ungarn:

— Békés megye 950950, 950960, 950970, 951950, 952050, 952750, 952850, 952950, 953050, 953150, 953650, 953660, 953750, 953850, 953960, 954250, 954260, 954350, 954450, 954550, 954650, 954750, 954850, 954860, 954950, 955050, 955150, 955250, 955260, 955270, 955350, 955450, 955510, 955650, 955750, 955760, 955850, 955950, 956050, 956060, 956150 és 956160 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Bács-Kiskun megye 600150, 600850, 601550, 601650, 601660, 601750, 601850, 601950, 602050, 603250, 603750 és 603850 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Budapest 1 kódszámú, vadgazdálkodási tevékenységre nem alkalmas területe,

— Csongrád-Csanád megye 800150, 800160, 800250, 802220, 802260, 802310 és 802450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Fejér megye 400150, 400250, 400351, 400352, 400450, 400550, 401150, 401250, 401350, 402050, 402350, 402360, 402850, 402950, 403050, 403250, 403350, 403450, 403550, 403650, 403750, 403950, 403960, 403970, 404570, 404650, 404750, 404850, 404950, 404960, 405050, 405750, 405850, 405950, 406050, 406150, 406550, 406650 és 406750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Jász-Nagykun-Szolnok megye 750150, 750160, 750260, 750350, 750450, 750460, 754450, 754550, 754560, 754570, 754650, 754750, 754950, 755050, 755150, 755250, 755350 és 755450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Komárom-Esztergom megye 250150, 250250, 250350, 250450, 250460, 250550, 250650, 250750, 250850, 250950, 251050, 251150, 251250, 251350, 251360, 251450, 251550, 251650, 251750, 251850, 252150 és 252250, kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Pest megye 571550, 572150, 572250, 572350, 572550, 572650, 572750, 572850, 572950, 573150, 573250, 573260, 573350, 573360, 573450, 573850, 573950, 573960, 574050, 574150, 574350, 574360, 574550, 574650, 574750, 574850, 574860, 574950, 575050,575150, 575250, 575350, 575550, 575650, 575750, 575850, 575950, 576050, 576150, 576250, 576350, 576450, 576650, 576750, 576850, 576950, 577050, 577150, 577350, 577450, 577650, 577850, 577950, 578050, 578150, 578250, 578350, 578360, 578450, 578550, 578560, 578650, 578850, 578950, 579050, 579150, 579250, 579350, 579450, 579460, 579550, 579650, 579750, 580250 és 580450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe.

4. **Lettland**

Die folgenden Gebiete in Lettland:

— Pāvilostas novada Vērgales pagasts,

— Stopiņu novada daļa, kas atrodas uz rietumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes,

— Grobiņas novads,

— Rucavas novada Dunikas pagasts.

5. **Litauen**

Die folgenden Gebiete in Litauen:

— Klaipėdos rajono savivaldybės: Agluonėnų, Priekulės, Veiviržėnų, Judrėnų, Endriejavo ir Vėžaičių seniūnijos,

— Kretingos rajono savivaldybės: Darbėnų, Kretingos ir Žalgirio seniūnijos,

— Plungės rajono savivaldybės: Nausodžio sen. dalis nuo kelio 166 į pietryčius ir Kulių seniūnija,

— Skuodo rajono savivaldybės: Lenkimų, Mosėdžio, Skuodo, Skuodo miesto seniūnijos.

6. **Polen**

Die folgenden Gebiete in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

— gminy Wielbark i Rozogi w powiecie szczycieńskim,

— gminy Janowiec Kościelny, Janowo i część gminy Kozłowo położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Rączki – Kownatki – Gardyny w powiecie nidzickim,

— powiat działdowski,

— gmina Dąbrówno w powiecie ostródzkim,

— gminy Kisielice, Susz, Iława z miastem Iława, Lubawa z miastem Lubawa, w powiecie iławskim,

— gmina Grodziczno w powiecie nowomiejskim,

w województwie podlaskim:

— gminy Wysokie Mazowieckie z miastem Wysokie Mazowieckie, Czyżew i część gminy Kulesze Kościelne położona na południe od linii wyznaczonej przez linię koleją w powiecie wysokomazowieckim,

— gminy Miastkowo, Nowogród, Śniadowo i Zbójna w powiecie łomżyńskim,

— gminy Szumowo, Zambrów z miastem Zambrów i część gminy Kołaki Kościelne położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie zambrowskim,

w województwie mazowieckim:

— powiat ostrołęcki,

— powiat miejski Ostrołęka,

— gminy Bielsk, Brudzeń Duży, Drobin, Gąbin, Łąck, Nowy Duninów, Radzanowo, Słupno i Stara Biała w powiecie płockim,

— powiat miejski Płock,

— powiat sierpecki,

— powiat żuromiński,

— gminy Andrzejewo, Brok, Małkinia Górna, Stary Lubotyń, Szulborze Wielkie, Wąsewo, Zaręby Kościelne i Ostrów Mazowiecka z miastem Ostrów Mazowiecka w powiecie ostrowskim,

— gminy Dzierzgowo, Lipowiec Kościelny, miasto Mława, Radzanów, Szreńsk, Szydłowo i Wieczfnia Kościelna, w powiecie mławskim,

— powiat przasnyski,

— powiat makowski,

— gminy Gzy, Obryte, Zatory, Pułtusk i część gminy Winnica położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Bielany, Winnica i Pokrzywnica w powiecie pułtuskim,

— gminy Brańszczyk, Długosiodło, Rząśnik, Wyszków, Zabrodzie i część gminy Somianka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 62 w powiecie wyszkowskim,

— gminy Kowala, Wierzbica, część gminy Wolanów położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie radomskim,

— powiat miejski Radom,

— powiat szydłowiecki,

— powiat gostyniński,

w województwie podkarpackim:

— gminy Chłopice, Rokietnica, część gminy wiejskiej Jarosław położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę 1580R biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 77, a następnie na południe od drogi 1702R biegnącej do skrzyżowania z droga 1701R i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1701R biegnącą od skrzyżowania z drogą 1702R do południowej granicy gminy, część miasta Jarosław położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 94, część gminy Radymno położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A4, w powiecie jarosławskim,

— gminy Medyka, Orły, Stubno, Żurawica, Przemyśl w powiecie przemyskim,

— powiat miejski Przemyśl,

— gminy Przeworsk z miastem Przeworsk, Gać Jawornik Polski, Kańczuga i Zarzecze w powiecie przeworskim,

— powiat łańcucki,

— gminy Trzebownisko, Głogów Małopolski i część gminy Sokołów Małopolski położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 875 w powiecie rzeszowskim,

— gminy Dzikowiec, Kolbuszowa, Niwiska i Raniżów w powiecie kolbuszowskim,

— gminy Borowa, Czermin, Gawłuszowice, Mielec z miastem Mielec, Padew Narodowa, Przecław, Tuszów Narodowy w powiecie mieleckim,

w województwie świętokrzyskim:

— powiat opatowski,

— powiat sandomierski,

— gminy Bogoria, Łubnice, Oleśnica, Osiek, Połaniec, Rytwiany i Staszów w powiecie staszowskim,

— gmina Skarżysko Kościelne w powiecie skarżyskim,

— gmina Wąchock, część gminy Brody położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 oraz na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogi: nr 0618T biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania w miejscowości Lipie, drogę biegnącą od miejscowości Lipie do wschodniej granicy gminy oraz na północ od drogi nr 42 i część gminy Mirzec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 744 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Tychów Stary a następnie przez drogę nr 0566T biegnącą od miejscowości Tychów Stary w kierunku północno - wschodnim do granicy gminy w powiecie starachowickim,

— powiat ostrowiecki,

— gminy Gowarczów, Końskie i Stąporków w powiecie koneckim,

w województwie łódzkim:

— gminy Łyszkowice, Kocierzew Południowy, Kiernozia, Chąśno, Nieborów, część gminy wiejskiej Łowicz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 92 biegnącej od granicy miasta Łowicz do zachodniej granicy gminy oraz część gminy wiejskiej Łowicz położona na wschód od granicy miasta Łowicz i na północ od granicy gminy Nieborów w powiecie łowickim,

— gminy Biała Rawska, Cielądz, Rawa Mazowiecka z miastem Rawa Mazowiecka i Regnów w powiecie rawskim,

— powiat skierniewicki,

— powiat miejski Skierniewice,

— gminy Białaczów, Mniszków, Paradyż, Sławno i Żarnów w powiecie opoczyńskim,

— gminy Czerniewice, Inowłódz, Lubochnia, Rzeczyca, Tomaszów Mazowiecki z miastem Tomaszów Mazowiecki i Żelechlinek w powiecie tomaszowskim,

w województwie pomorskim:

— gminy Ostaszewo, miasto Krynica Morska oraz część gminy Nowy Dwór Gdański położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 55 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 7, następnie przez drogę nr 7 i S7 biegnącą do zachodniej granicy gminy w powiecie nowodworskim,

— gminy Lichnowy, Miłoradz, Nowy Staw, Malbork z miastem Malbork w powiecie malborskim,

— gminy Mikołajki Pomorskie, Stary Targ i Sztum w powiecie sztumskim,

— powiat gdański,

— Miasto Gdańsk,

— powiat tczewski,

— powiat kwidzyński,

w województwie lubuskim:

— gmina Gubin z miastem Gubin w powiecie krośnieńskim,

— gminy Międzyrzecz, Pszczew, Trzciel w powiecie międzyrzeckim,

— część gminy Lubrza położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2, część gminy Łagów położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2, część gminy Zbąszynek położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od Zbąszynia do Świebodzina oraz część położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od miasta Zbąszynek w kierunku zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 1210F, a następnie przez drogę 1210F biegnącą od skrzyżowania z linia kolejową do zachodniej granicy gminy, część gminy Szczaniec położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Świebodzin położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2w powiecie świebodzińskim,

— gminy Cybinka, Ośno Lubuskie i Rzepin w powiecie słubickim,

— gmina Sulęcin i część gminy Torzym położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2 w powiecie sulęcińskim,

w województwie dolnośląskim:

— gminy Bolesławiec z miastem Bolesławiec, Gromadka i Osiecznica w powiecie bolesławieckim,

— gmina Węgliniec w powiecie zgorzeleckim,

— gmina Chocianów i część gminy Przemków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie polkowickim,

— gmina Jemielno, Niechlów i Góra w powiecie górowskim,

— gmina Rudna i Lubin z miastem Lubin w powiecie lubińskim,

w województwie wielkopolskim:

— gminy Krzemieniewo, Rydzyna, część gminy Święciechowa położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12w powiecie leszczyńskim,

— powiat nowotomyski,

— gminy Granowo, Grodzisk Wielkopolski i część gminy Kamieniec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 308 w powiecie grodziskim,

— gminy Czempiń, miasto Kościan, część gminy wiejskiej Kościan położona na północny – zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 5 oraz na wschód od linii wyznaczonej przez kanał Obry, część gminy Krzywiń położona na wschód od linii wyznaczonej przez kanał Obry w powiecie kościańskim,

— powiat miejski Poznań,

— gminy Rokietnica, Suchy Las, Mosina, miasto Luboń, miasto Puszczykowo, część gminy Komorniki położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 5, część gminy Stęszew położona na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 5 i 32 i część gminy Kórnik położona na zachód od linii wyznaczonych przez drogi: nr S11 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 434 i drogę nr 434 biegnącą od tego skrzyżowania do południowej granicy gminy w powiecie poznańskim,

— gminy Pniewy, Szamotuły, część gminy Duszniki położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 92 oraz na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 92 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 306, część gminy Kaźmierz położona na północ i na zachód od linii wyznaczonych przez drogi: nr 92 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Witkowice – Gorszewice – Kaźmierz (wzdłuż ulic Czereśniowa, Dworcowa, Marii Konopnickiej) – Chlewiska, biegnącą do wschodniej granicy gminy w powiecie szamotulskim.

7. **Slowakei**

Die folgenden Gebiete in der Slowakei:

— der gesamte Bezirk Vranov nad Topľou,

— der gesamte Bezirk Humenné,

— der gesamte Bezirk Snina,

— der gesamte Bezirk Sobrance, ausgenommen die in Teil III aufgeführten Gemeinden,

— im Bezirk Michalovce die gesamten Gemeinden Tušice, Moravany, Pozdišovce, Michalovce, Zalužice, Lúčky, Závadka, Hnojné, Poruba pod Vihorlatom, Jovsa, Kusín, Klokočov, Kaluža, Vinné, Trnava pri Laborci, Oreské, Staré, Zbudza, Petrovce nad Laborcom, Lesné, Suché, Rakovec nad Ondavou, Nacina Ves, Voľa, Pusté Čemerné und Strážske,

— im Bezirk Gelnica die gesamten Gemeinden Uhorná, Smolnícka Huta, Mníšek nad Hnilcom, Prakovce, Helcmanovce, Gelnica, Kojšov, Veľký Folkmár, Jaklovce, Žakarovce, Margecany, Henclová und Stará Voda,

— im Bezirk Prešov die gesamten Gemeinden Klenov, Miklušovce, Sedlice, Suchá dolina, Janov, Radatice, Ľubovec, Ličartovce, Drienovská Nová Ves, Kendice, Petrovany, Drienov, Lemešany, Janovík, Bretejovce, Seniakovce, Šarišské Bohdanovce, Varhaňovce, Brestov Mirkovce, Žehňa, Tuhrina, Lúčina und Červenica,

— im Bezirk Rožňava die gesamten Gemeinden Brzotín, Gočaltovo, Honce, Jovice, Kružná, Kunová Teplica, Pača, Pašková, Pašková, Rakovnica, Rozložná, Rožňavské Bystré, Rožňava, Rudná, Štítnik, Vidová, Čučma und Betliar,

— im Bezirk Revúca die gesamten Gemeinden Držkovce, Chvalová, Gemerské Teplice, Gemerský Sad, Hucín, Jelšava, Leváre, Licince, Nadraž, Prihradzany, Sekerešovo, Šivetice, Kameňany, Višňové, Rybník und Sása,

— im Bezirk Rimavská Sobota die Gemeinden, die sich südlich der Straße Nr. 526 befinden und nicht in Teil II aufgeführt sind,

— im Bezirk Lučenec die gesamten Gemeinden Trenč, Veľká nad Ipľom, Jelšovec, Panické Dravce, Lučenec, Kalonda, Rapovce, Trebeľovce, Mučín, Lipovany, Pleš, Fiľakovské Kováče, Ratka, Fiľakovo, Biskupice, Belina, Radzovce, Čakanovce, Šiatorská Bukovinka, Čamovce, Šurice, Halič, Mašková, Ľuboreč, Šíd und Prša,

— im Bezirk Veľký Krtíš die gesamten Gemeinden Ipeľské Predmostie, Veľká Ves nad Ipľom, Sečianky, Kleňany, Hrušov, Vinica, Balog nad Ipľom, Dolinka, Kosihy nad Ipľom, Ďurkovce, Širákov, Kamenné Kosihy, Seľany, Veľká Čalomija, Malá Čalomija, Koláre, Trebušovce, Chrastince, Lesenice, Slovenské Ďarmoty, Opatovská Nová Ves, Bátorová, Nenince, Záhorce, Želovce, Sklabiná, Nová Ves, Obeckov, Vrbovka, Kiarov, Kováčovce, Zombor, Olováry, Čeláre, Glabušovce, Veľké Straciny, Malé Straciny, Malý Krtíš, Veľký Krtíš, Pôtor, Veľké Zlievce, Malé Zlievce, Bušince, Muľa, Ľuboriečka, Dolná Strehová, Vieska, Slovenské Kľačany, Horná Strehová, Chrťany und Závada.

8. **Griechenland**

Die folgenden Gebiete in Griechenland:

— im Regionalbezirk Drama:

  — die Lokalbezirke Sidironero und Skaloti sowie die Gemeindebezirke Livadero und Ksiropotamo (in der Gemeinde Drama),

  — der Gemeindebezirk Paranesti (in der Gemeinde Paranesti),

  — die Gemeindebezirke Kokkinogeia, Mikropoli, Panorama, Pyrgoi (in der Gemeinde Prosotsani),

  — die Gemeindebezirke Kato Nevrokopi, Chrysokefalo, Achladea, Vathytopos, Volakas, Granitis, Dasotos, Eksohi, Katafyto, Lefkogeia, Mikrokleisoura, Mikromilea, Ochyro, Pagoneri, Perithorio, Kato Vrontou und Potamoi (in der Gemeinde Kato Nevrokopi),

— im Regionalbezirk Xanthi:

  — die Gemeindebezirke Kimmerion, Stavroupoli, Gerakas, Dafnonas, Komnina, Kariofyto und Neochori (in der Gemeinde Xanthi),

  — die Lokalbezirke Satres, Thermes und Kotyli sowie die Gemeindebezirke Myki, Echinos und Oraio (in der Gemeinde Myki),

  — der Lokalbezirk Selero und der Gemeindebezirk Sounio (in der Gemeinde Avdira),

— im Regionalbezirk Rodopi:

  — die Gemeindebezirke Komotini, Anthochorio, Gratini, Thrylorio, Kalhas, Karydia, Kikidio, Kosmio, Pandrosos, Aigeiros, Kallisti, Meleti, Neo Sidirochori und Mega Doukato (in der Gemeinde Komotini),

  — die Gemeindebezirke Ipio, Arriana, Darmeni, Archontika, Fillyra, Ano Drosini und Aratos sowie die Lokalbezirke Kehros und Organi (in der Gemeinde Arriana),

  — die Gemeindebezirke Iasmos, Sostis, Asomatoi, Polyanthos und Amvrosia sowie der Ortsbezirk Amaxades (in der Gemeinde Iasmos),

  — der Gemeindebezirk Amaranta (in der Gemeinde Maroneia Sapon),

— im Regionalbezirk Evros:

  — die Gemeindebezirke Kyriaki, Mandra, Mavrokklisi, Mikro Dereio, Protokklisi, Roussa, Goniko, Geriko, Sidirochori, Megalo Derio, Sidiro, Giannouli, Agriani und Petrolofos (in der Gemeinde Soufli),

  — die Gemeindebezirke Dikaia, Arzos, Elaia, Therapio, Komara, Marasia, Ormenio, Pentalofos, Petrota, Plati, Ptelea, Kyprinos, Zoni, Fulakio, Spilaio, Nea Vyssa, Kavili, Kastanies, Rizia, Sterna, Ampelakia, Valtos, Megali Doxipara, Neochori und Chandras (in der Gemeinde Orestiada),

  — die Gemeindebezirke Asvestades, Ellinochori, Karoti, Koufovouno, Kiani, Mani, Sitochori, Alepochori, Asproneri, Metaxades, Vrysika, Doksa, Elafoxori, Ladi, Paliouri und Poimeniko (in der Gemeinde Didymoteixo),

— im Regionalbezirk Serres:

— die Gemeindebezirke Kerkini, Livadia, Makrynitsa, Neochori, Platanakia, Petritsi, Akritochori, Vyroneia, Gonimo, Mandraki, Megalochori, Rodopoli, Ano Poroia, Katw Poroia, Sidirokastro, Vamvakophyto, Promahonas, Kamaroto, Strymonochori, Charopo, Kastanousi und Chortero sowie die Lokalbezirke Achladochori, Agkistro und Kapnophyto (in der Gemeinde Sintiki),

— die Gemeindebezirke Serres, Elaionas und Oinoussa sowie die Lokalbezirke Orini und Ano Vrontou (in der Gemeinde Serres),

— die Gemeindebezirke Dasochoriou, Irakleia, Valtero, Karperi, Koimisi, Lithotopos, Limnochori, Podismeno und Chrysochorafa (in der Gemeinde Irakleia).

TEIL II

1. **Belgien**

Die folgenden Gebiete in Belgien:

in der Provinz Luxemburg:

— das Gebiet wird im Uhrzeigersinn begrenzt durch:

— die Rue de la Station (N85) in Florenville bis zur Kreuzung mit der N894,

— die N894 bis zur Kreuzung mit der rue Grande,

— die rue Grande bis zur Kreuzung mit der Rue de Neufchâteau,

— die rue de Neufchâteau bis zur Kreuzung mit Hosseuse,

— Hosseuse,

— La Roquignole,

— Les Chanvières,

— La Fosse du Loup,

— Le Sart,

— die N801 bis zur Kreuzung mit der rue de l'Accord,

— rue de l'Accord,

— rue du Fet,

— die N40 bis zur Kreuzung mit der E25-E411,

— die E25-E411 bis zur Kreuzung mit der N81 auf der Höhe von Weyler,

— die N81 bis zur Kreuzung mit der N883 auf der Höhe von Aubange,

— die N883 bis zur Kreuzung mit der N88 auf der Höhe von Aubange,

— die N88 bis zur Kreuzung mit der N811,

— die N811 bis zur Kreuzung mit der rue Baillet Latour,

— die rue Baillet Latour bis zur Kreuzung mit der N88,

— die N88 (Rue Baillet Latour, Rue Fontaine des Dames, Rue Yvan Gils, Rue de Virton, Rue de Gérouville, Route de Meix) bis zur Kreuzung mit der N981,

— die N981 (Rue de Virton) bis zur Kreuzung mit der N83,

— die N83 (Rue du Faing, Rue de Bouillon, Rue Albert 1er, Rue d'Arlon) bis zur Kreuzung mit der N85 (Rue de la Station) in Florenville.

2. **Bulgarien**

Die folgenden Gebiete in Bulgarien:

— die gesamte Region Haskovo,

— die gesamte Region Yambol,

— die gesamte Region Stara Zagora,

— die gesamte Region Pernik,

— die gesamte Region Kyustendil,

— die gesamte Region Plovdiv,

— die gesamte Region Pazardzhik,

— die gesamte Region Smolyan,

— die gesamte Region Burgas, ausgenommen die in Teil III aufgeführten Gebiete.

3. **Estland**

Die folgenden Gebiete in Estland:

— Eesti Vabariik (välja arvatud Hiiu maakond).

4. **Ungarn**

Die folgenden Gebiete in Ungarn:

— Békés megye 950150, 950250, 950350, 950450, 950550, 950650, 950660, 950750, 950850, 950860, 951050, 951150, 951250, 951260, 951350, 951450, 951460, 951550, 951650, 951750, 952150, 952250, 952350, 952450, 952550, 952650, 953250, 953260, 953270, 953350, 953450, 953550, 953560, 953950, 954050, 954060, 954150, 956250, 956350, 956450, 956550, 956650 és 956750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Borsod-Abaúj-Zemplén megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,

— Fejér megye 403150, 403160, 403260, 404250, 404550, 404560, 405450, 405550, 405650, 406450 és 407050 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Hajdú-Bihar megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,

— Heves megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,

— Jász-Nagykun-Szolnok megye 750250, 750550, 750650, 750750, 750850, 750970, 750980, 751050, 751150, 751160, 751250, 751260, 751350, 751360, 751450, 751460, 751470, 751550, 751650, 751750, 751850, 751950, 752150, 752250, 752350, 752450, 752460, 752550, 752560, 752650, 752750, 752850, 752950, 753060, 753070, 753150, 753250, 753310, 753450, 753550, 753650, 753660, 753750, 753850, 753950, 753960, 754050, 754150, 754250, 754360, 754370, 754850, 755550, 755650 és 755750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Komárom-Esztergom megye: 251950, 252050, 252350, 252450, 252460, 252550, 252650, 252750, 252850, 252860, 252950, 252960, 253050, 253150, 253250, 253350, 253450 és 253550 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Nógrád megye valamennyi vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Pest megye 570150, 570250, 570350, 570450, 570550, 570650, 570750, 570850, 570950, 571050, 571150, 571250, 571350, 571650, 571750, 571760, 571850, 571950, 572050, 573550, 573650, 574250, 577250, 580050 és 580150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

— Szabolcs-Szatmár-Bereg megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe.

5. **Lettland**

Die folgenden Gebiete in Lettland:

— Ādažu novads,

— Aizputes novada Aizputes un Cīravas pagasts, Kalvenes pagasta daļa uz rietumiem no ceļa pie Vārtājas upes līdz autoceļam A9, uz dienvidiem no autoceļa A9, uz rietumiem no autoceļa V1200, Kazdangas pagasta daļa uz rietumiem no ceļa V1200, P115, P117, V1296 un Lažas pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa caur Miķelīšu mežu līdz autoceļam 1265, uz rietumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1265 pie Mežmaļiem līdz robežai ar Rīvas upi, Aizputes pilsēta,

— Aglonas novads,

— Aizkraukles novads,

— Aknīstes novads,

— Alojas novads,

— Alūksnes novads,

— Amatas novads,

— Apes novads,

— Auces novads,

— Babītes novads,

— Baldones novads,

— Baltinavas novads,

— Balvu novads,

— Bauskas novads,

— Beverīnas novads,

— Brocēnu novads,

— Burtnieku novads,

— Carnikavas novads,

— Cēsu novads,

— Cesvaines novads,

— Ciblas novads,

— Dagdas novads,

— Daugavpils novads,

— Dobeles novads,

— Dundagas novads,

— Durbes novads,

— Engures novads,

— Ērgļu novads,

— Garkalnes novads,

— Gulbenes novads,

— Iecavas novads,

— Ikšķiles novads,

— Ilūkstes novads,

— Inčukalna novads,

— Jaunjelgavas novads,

— Jaunpiebalgas novads,

— Jaunpils novads,

— Jēkabpils novads,

— Jelgavas novads,

— Kandavas novads,

— Kārsavas novads,

— Ķeguma novads,

— Ķekavas novads,

— Kocēnu novads,

— Kokneses novads,

— Krāslavas novads,

— Krimuldas novads,

— Krustpils novads,

— Kuldīgas novada Ēdoles pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa 1269, 1271, uz austrumiem no autoceļa 1288, uz ziemeļiem no autoceļa P119, Īvandes pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa P119, uz austrumiem no autoceļa 1292, 1279, uz austrumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1279 no Upītēm līdz autoceļam 1290, Kurmāles pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa 1290, uz austrumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1290 no Alejām līdz autoceļam 1283, uz austrumiem no autoceļa 1283 un P112, Turlavas pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa P112, Laidu pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1296, Padures, Rumbas, Rendas, Kabiles, Vārmes, Pelču un Snēpeles pagasts, Kuldīgas pilsēta,

— Lielvārdes novads,
— Līgatnes novads,
— Limbažu novads,
— Līvānu novads,
— Lubānas novads,
— Ludzas novads,
— Madonas novads,
— Mālpils novads,
— Mārupes novads,
— Mazsalacas novads,
— Mērsraga novads,
— Naukšēnu novads,
— Neretas novads,
— Ogres novads,
— Olaines novads,
— Ozolnieku novads,
— Pārgaujas novads,
— Pāvilostas novada Sakas pagasts, Pāvilostas pilsēta,
— Pļaviņu novads,
— Preiļu novads,
— Priekules novads,
— Priekuļu novads,
— Raunas novads,
— republikas pilsēta Daugavpils,
— republikas pilsēta Jelgava,
— republikas pilsēta Jēkabpils,
— republikas pilsēta Jūrmala,
— republikas pilsēta Rēzekne,
— republikas pilsēta Valmiera,
— Rēzeknes novads,
— Riebiņu novads,
— Rojas novads,
— Ropažu novads,
— Rugāju novads,
— Rundāles novads,
— Rūjienas novads,
— Salacgrīvas novads,
— Salas novads,
— Salaspils novads,
— Saldus novads,
— Saulkrastu novads,
— Sējas novads,
— Siguldas novads,

— Skrīveru novads,

— Skrundas novada Raņķu pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1272 līdz robežai ar Ventas upi, Skrundas pagasta daļa no Skrundas uz ziemeļiem no autoceļa A9 un austrumiem no Ventas upes,

— Smiltenes novads,

— Stopiņu novada daļa, kas atrodas uz austrumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes,

— Strenču novads,

— Talsu novads,

— Tērvetes novads,

— Tukuma novads,

— Vaiņodes novada Vaiņodes pagasts un Embūtes pagasta daļa uz dienvidiem autoceļa P116, P106,

— Valkas novads,

— Varakļānu novads,

— Vārkavas novads,

— Vecpiebalgas novads,

— Vecumnieku novads,

— Ventspils novads,

— Viesītes novads,

— Viļakas novads,

— Viļānu novads,

— Zilupes novads.

6. **Litauen**

Die folgenden Gebiete in Litauen:

— Alytaus miesto savivaldybė,

— Alytaus rajono savivaldybė: Alytaus, Alovės, Butrimonių, Daugų, Nemunaičio, Pivašiūnų, Punios, Raitininkų seniūnijos,

— Anykščių rajono savivaldybė,

— Akmenės rajono savivaldybė,

— Biržų miesto savivaldybė,

— Biržų rajono savivaldybė,

— Druskininkų savivaldybė,

— Elektrėnų savivaldybė,

— Ignalinos rajono savivaldybė,

— Jonavos rajono savivaldybė,

— Joniškio rajono savivaldybė,

— Jurbarko rajono savivaldybė: Eržvilko, Girdžių, Jurbarko miesto, Jurbarkų, Raudonės, Šimkaičių, Skirsnemunės, Smalininkų, Veliuonos, Viešvilės seniūnijos,

— Kaišiadorių rajono savivaldybė,

— Kalvarijos savivaldybė,

— Kauno miesto savivaldybė,

— Kauno rajono savivaldybė: Domeikavos, Garliavos, Garliavos apylinkių, Karmėlavos, Lapių, Linksmakalnio, Neveronių, Rokų, Samylų, Taurakiemio, Vandžiogalos ir Vilkijos seniūnijos, Babtų seniūnijos dalis į rytus nuo kelio A1, Užliedžių seniūnijos dalis į rytus nuo kelio A1 ir Vilkijos apylinkių seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio Nr. 1907,

— Kazlų rūdos savivaldybė: Kazlų rūdos seniūnija į šiaurę nuo kelio Nr. 230, į rytus nuo kelio Kokė-Užbaliai-Čečetai iki kelio Nr. 2610 ir į pietus nuo kelio Nr. 2610,

— Kelmės rajono savivaldybė,

— Kėdainių rajono savivaldybė: Dotnuvos, Gudžiūnų, Kėdainių miesto, Krakių, Pelėdnagių, Surviliškio, Šėtos, Truskavos, Vilainių ir Josvainių seniūnijos dalis į šiaurę ir rytus nuo kelio Nr. 229 ir Nr. 2032,

— Kupiškio rajono savivaldybė,

— Kretingos rajono savivaldybė: Imbarės, Kūlupėnų ir Kartenos seniūnijos,

— Lazdijų rajono savivaldybė,

— Marijampolės savivaldybė: Degučių, Marijampolės, Mokolų, Liudvinavo ir Narto seniūnijos,

— Mažeikių rajono savivaldybė,

— Molėtų rajono savivaldybė: Alantos seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio 119 ir į šiaurę nuo kelio Nr. 2828, Balninkų, Dubingių, Giedraičių, Joniškio ir Videniškių seniūnijos,

— Pagėgių savivaldybė,

— Pakruojo rajono savivaldybė,

— Panevėžio rajono savivaldybė,

— Panevėžio miesto savivaldybė,

— Pasvalio rajono savivaldybė,

— Radviliškio rajono savivaldybė,

— Rietavo savivaldybė,

— Prienų rajono savivaldybė: Stakliškių ir Veiverių seniūnijos,

— Plungės rajono savivaldybė: Žlibinų, Stalgėnų, Nausodžio sen. dalis nuo kelio Nr. 166 į šiaurės vakarus, Plungės miesto ir Šateikių seniūnijos,

— Raseinių rajono savivaldybė: Betygalos, Girkalnio, Kalnujų, Nemakščių, Pagojukų, Paliepių, Raseinių miesto, Raseinių, Šiluvos, Viduklės seniūnijos,

— Rokiškio rajono savivaldybė,

— Skuodo rajono savivaldybės: Aleksandrijos ir Ylakių seniūnijos,

— Šakių rajono savivaldybė,

— Šalčininkų rajono savivaldybė,

— Šiaulių miesto savivaldybė,

— Šiaulių rajono savivaldybė,

— Šilutės rajono savivaldybė,

— Širvintų rajono savivaldybė,

— Šilalės rajono savivaldybė,

— Švenčionių rajono savivaldybė,

— Tauragės rajono savivaldybė,

— Telšių rajono savivaldybė,

— Trakų rajono savivaldybė,

— Ukmergės rajono savivaldybė,

— Utenos rajono savivaldybė,

— Varėnos rajono savivaldybė,

— Vilniaus miesto savivaldybė,

— Vilniaus rajono savivaldybė,

— Vilkaviškio rajono savivaldybė: Bartninkų, Gražiškių, Keturvalakių, Kybartų, Klausučių, Pajevonio, Šeimenos, Vilkaviškio miesto, Virbalio, Vištyčio seniūnijos,

— Visagino savivaldybė,

— Zarasų rajono savivaldybė.

7. **Polen**

Die folgenden Gebiete in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

— gminy Kalinowo, Stare Juchy, część gminy Prostki położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łączącą miejscowości Żelazki – Dąbrowskie – Długosze do południowej granicy gminy i część gminy wiejskiej Ełk położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 667 biegnącą od miejscowości Bajtkowo do miejscowości Nowa Wieś Ełcka, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Ełk biegnącą od miejscowości Nowa Wieś Ełcka do wschodniej granicy gminy w powiecie ełckim,

— gminy Elbląg, Gronowo Elbląskie, Milejewo, Młynary, Markusy, Rychliki i Tolkmicko w powiecie elbląskim,

— powiat miejski Elbląg,

— powiat gołdapski,

— gminy Orzysz, Pisz, Ruciane - Nida oraz część gminy Biała Piska położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę 667 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Biała Piska, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 58 biegnącą od miejscowości Biała Piska do wschodniej granicy gminy w powiecie piskim,

— gmina Górowo Iławeckie z miastem Górowo Iławeckie w powiecie bartoszyckim,

— gminy Biskupiec, Kolno, część gminy Olsztynek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr S51 biegnącą od wschodniej granicy gminy do miejscowości Ameryka oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą S51 do północnej granicy gminy, łączącej miejscowości Mańki – Mycyny – Ameryka, część gminy Świątki położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Pasłęka, w powiecie olsztyńskim,

— gminy Grunwald, Łukta, Małdyty, Miłomłyn, Miłakowo, Ostróda z miastem Ostróda i część gminy Morąg położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od Olsztyna do Elbląga w powiecie ostródzkim,

— część gminy Ryn położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Giżycko i Kętrzyn w powiecie giżyckim,

— gminy Braniewo i miasto Braniewo, Frombork, Lelkowo, Pieniężno, Płoskinia oraz część gminy Wilczęta położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 509 w powiecie braniewskim,

— gmina Reszel, część gminy Kętrzyn położona na południe od linii kolejowej łączącej miejscowości Giżycko i Kętrzyn biegnącej do granicy miasta Kętrzyn, na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 591 biegnącą od miasta Kętrzyn do północnej granicy gminy oraz na zachód i na południe od zachodniej i południowej granicy miasta Kętrzyn, miasto Kętrzyn i część gminy Korsze położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od wschodniej granicy łączącą miejscowości Krelikiejmy i Sątoczno i na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sątoczno, Sajna Wielka biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 590 w miejscowości Glitajny, a następnie na wschód od drogi nr 590 do skrzyżowania z drogą nr 592 i na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 592 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 590 w powiecie kętrzyńskim,

— gminy Lubomino i Orneta w powiecie lidzbarskim,

— gmina Nidzica i część gminy Kozłowo położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Rączki – Kownatki – Gardyny w powiecie nidzickim,

— gminy Dźwierzuty, Jedwabno, Pasym, Szczytno i miasto Szczytno i Świętajno w powiecie szczycieńskim,

— powiat mrągowski,

— gmina Zalewo w powiecie iławskim,

w województwie podlaskim:

— gminy Orla, Rudka, Brańsk z miastem Brańsk, Boćki w powiecie bielskim,

— gminy Radziłów, Rajgród Wąsosz, część gminy wiejskiej Grajewo położona na południe o linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy łączącą miejscowości: Mareckie – Łękowo – Kacprowo – Ruda, a następnie od miejscowości Ruda na południe od rzeki Binduga uchodzącej do rzeki Ełk i następnie na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Ełk od ujścia rzeki Binduga do wschodniej granicy gminy w powiecie grajewskim,

— powiat moniecki,

— powiat sejneński,

— gminy Łomża, Piątnica, Jedwabne, Przytuły i Wiznaw powiecie łomżyńskim,

— powiat miejski Łomża,

— gminy Dziadkowice, Grodzisk, Mielnik, Milejczyce, Nurzec-Stacja i Siemiatycze z miastem Siemiatycze w powiecie siemiatyckim,

— powiat hajnowski,

— gminy Klukowo, Szepietowo, Kobylin-Borzymy, Nowe Piekuty, Sokoły i część gminy Kulesze Kościelne położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie wysokomazowieckim,

— gmina Rutki i część gminy Kołaki Kościelne położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie zambrowskim,

— powiat kolneński z miastem Kolno,

— gminy Czarna Białostocka, Dobrzyniewo Duże, Gródek, Michałowo, Supraśl, Tykocin, Wasilków, Zabłudów, Zawady, Choroszcz i część gminy Poświętne położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 681 w powiecie białostockim,

— gminy Filipów, Jeleniewo, Przerośl, Raczki, Rutka-Tartak, Suwałki, Szypliszki Wiżajny oraz część gminy Bakałarzewo położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę 653 biegnącej od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą 1122B oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1122B biegnącą od drogi 653 w kierunku południowym do skrzyżowania z drogą 1124B i następnie na północny - wschód od drogi nr 1124B biegnącej od skrzyżowania z drogą 1122B do granicy z gminą Raczki w powiecie suwalskim

— powiat miejski Suwałki,

— powiat augustowski,

— powiat sokólski,

— powiat miejski Białystok,

w województwie mazowieckim:

— powiat siedlecki,

— powiat miejski Siedlce,

— gminy Bielany, Ceranów, Kosów Lacki, Repki i gmina wiejska Sokołów Podlaski w powiecie sokołowskim,

— powiat węgrowski,

— powiat łosicki,

— powiat ciechanowski,

— powiat sochaczewski,

— powiat zwoleński,

— gminy Garbatka – Letnisko, Gniewoszów i Sieciechów w powiecie kozienickim,

— powiat lipski,

— gminy Gózd, Iłża, Jastrzębia, Jedlnia Letnisko, Pionki z miastem Pionki, Skaryszew, Jedlińsk, Przytyk, Zakrzew, część gminy Wolanów położona na północ od drogi nr 12 i w powiecie radomskim,

— gminy Bodzanów, Bulkowo, Staroźreby, Słubice, Wyszogród i Mała Wieś w powiecie płockim,

— powiat nowodworski,

— powiat płoński,

— gminy Pokrzywnica, Świercze i część gminy Winnica położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Bielany, Winnica i Pokrzywnica w powiecie pułtuskim,

— powiat wołomiński,

— część gminy Somianka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 62 w powiecie wyszkowskim,

— gminy Borowie, Garwolin z miastem Garwolin, Miastków Kościelny, Parysów, Pilawa, część gminy Wilga położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Wilga biegnącą od wschodniej granicy gminy do ujścia do rzeki Wisły, część gminy Górzno położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Łąki i Górzno biegnącą od wschodniej granicy gminy, następnie od miejscowości Górzno na północ od drogi nr 1328W biegnącej do drogi nr 17, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od drogi nr 17 do zachodniej granicy gminy przez miejscowości Józefów i Kobyla Wola w powiecie garwolińskim,

— gmina Boguty – Pianki w powiecie ostrowskim,

— gminy Stupsk, Wiśniewo i Strzegowo w powiecie mławskim,

— powiat miński,

— powiat otwocki,

— powiat warszawski zachodni,

— powiat legionowski,

— powiat piaseczyński,

— powiat pruszkowski,

— powiat grójecki,

— powiat grodziski,

— powiat żyrardowski,

— gminy Białobrzegi, Promna, Radzanów, Stara Błotnica, Wyśmierzyce w powiecie białobrzeskim,

— powiat przysuski,

— powiat miejski Warszawa,

w województwie lubelskim:

— powiat bialski,

— powiat miejski Biała Podlaska,

— gminy Batorz, Godziszów, Janów Lubelski, Modliborzyce i Potok Wielki w powiecie janowskim,

— powiat puławski,

— gminy Nowodwór, Ułęż, miasto Dęblin i część gminy Ryki położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową powiecie ryckim,

— gminy Adamów, Krzywda, Stoczek Łukowski z miastem Stoczek Łukowski, Wola Mysłowska, Trzebieszów, Stanin, gmina wiejska Łuków i miasto Łuków w powiecie łukowskim,

— gminy Bychawa, Głusk, Jabłonna, Krzczonów, Garbów Strzyżewice, Wysokie, Bełżyce, Borzechów, Niedrzwica Duża, Konopnica, Wojciechów i Zakrzew w powiecie lubelskim,

— gmina Uścimów w powiecie lubartowskim,

— gminy Mełgiew, Rybczewice, Piaski i miasto Świdnik w powiecie świdnickim,

— gmina Fajsławice, część gminy Żółkiewka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 842 i część gminy Łopiennik Górny położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 17 w powiecie krasnostawskim,

— gminy Chełm, Ruda – Huta, Sawin, część gminy Dorohusk położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Wojsławice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę 1839L, część gminy Leśniowice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę 1839L w powiecie chełmskim,

— powiat miejski Chełm,

— powiat kraśnicki,

— powiat opolski,

— gminy Dębowa Kłoda, Jabłoń, Podedwórze, Sosnowica w powiecie parczewskim,

— gminy Stary Brus, Wola Uhruska, część gminy wiejskiej Włodawa położona na południe od południowej granicy miasta Włodawa i część gminy Hańsk położona na wschód od linii wyznaczonej od drogi nr 819 w powiecie włodawskim,

— gmina Kąkolewnica, Komarówka Podlaska i Ulan Majorat w powiecie radzyńskim,

w województwie podkarpackim:

— powiat stalowowolski,

— gminy Horyniec-Zdrój, Oleszyce, Lubaczów z miastem Lubaczów, Wielkie Oczy i część gminy Cieszanów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 865 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą 863, a następnie na zachód od drogi nr 863 biegnącej do miejscowości Lubliniec i dalej na zachód od drogi biegnącej przez Nowy Lubliniec do północnej granicy gminy w powiecie lubaczowskim,

— gminy Laszki, część gminy Radymno położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A4 z miastem Radymno, część gminy Wiązownica położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 865 w powiecie jarosławskim,

— gmina Kamień, część gminy Sokołów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 875 w powiecie rzeszowskim,

— gminy Cmolas i Majdan Królewski w powiecie kolbuszowskim,

— gminy Grodzisko Dolne, Nowa Sarzyna, miasto Leżajsk, część gminy wiejskiej Leżajsk położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę San, część gminy Kuryłówka położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łączącej miejscowości Brzyska Wola – Dąbrowica – Ożanna do południowej granicy gminy w powiecie leżajskim,

— powiat niżański,

— powiat tarnobrzeski,

w województwie pomorskim:

— gminy Dzierzgoń i Stary Dzierzgoń w powiecie sztumskim,

— gmina Stare Pole w powiecie malborskim,

— gminy Stegny, Sztutowo i część gminy Nowy Dwór Gdański położona na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 55 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 7, następnie przez drogę nr 7 i S7 biegnącą do zachodniej granicy gminyw powiecie nowodworskim,

w województwie świętokrzyskim:

— gmina Tarłów i część gminy Ożarów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 74 w powiecie opatowskim,

— część gminy Brody położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 oraz na północny – wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 0618T biegącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania w miejscowości Lipie oraz przez drogę biegnącą od miejscowości Lipie do wschodniej granicy gminy i część gminy Mirzec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 744 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Tychów Stary a następnie przez drogę nr 0566T biegnącą od miejscowości Tychów Stary w kierunku północno – wschodnim do granicy gminy w powiecie starachowickim,

w województwie lubuskim:

— powiat wschowski,

— gminy Bobrowice, Maszewo, część gminy Krosno Odrzańskie położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 29, a następnie przez drogę nr 29 biegnącą od tego skrzyżowania do południowej granicy gminy, część gminy Bytnica położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F w powiecie krośnieńskim,

— część gminy Torzym położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2 w powiecie sulęcińskim,

— gminy, Kolsko, część gminy Kożuchów położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 283 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 290 i na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 290 biegnącej od miasta Mirocin Dolny do zachodniej granicy gminy, część gminy Bytom Odrzański położona na północny zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 293 i 326, część gminy Nowe Miasteczko położona na zachód od linii wyznaczonych przez drogi 293 i 328, część gminy Siedlisko położona na północny zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od rzeki Odry przy południowe granicy gminy do drogi nr 326 łączącej się z drogą nr 325 biegnącą w kierunku miejscowości Różanówka do skrzyżowania z drogą nr 321 biegnącą od tego skrzyżowania w kierunku miejscowości Bielawy, a następnie przedłużoną przez drogę przeciwpożarową biegnącą od drogi nr 321 w miejscowości Bielawy do granicy gminy w powiecie nowosolskim,

— gminy Babimost, Kargowa, Nowogród Bobrzański, Trzebiechów część gminy Bojadła położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 278 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 282 i na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 282 biegnącej od miasta Bojadła do zachodniej granicy gminy i część gminy Sulechów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S3 w powiecie zielonogórskim,

— powiat żarski,

— gminy Brzeźnica, Iłowa, Małomice, Szprotawa, Wymiarki, Żagań, miasto Żagań, miasto Gozdnica, część gminy Niegosławice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 328 w powiecie żagańskim,

— część gminy Lubrza położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2, część gminy Łagów położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2, część gminy Zbąszynek położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od Zbąszynia do Świebodzina oraz część położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od miasta Zbąszynek w kierunku zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 1210F, a następnie przez drogę 1210F biegnącą od skrzyżowania z linia kolejową do zachodniej granicy gminy, część gminy Szczaniec położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Świebodzin położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2 w powiecie świebodzińskim,

w województwie dolnośląskim:

— gmina Pęcław, część gminy Kotla położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Krzycki Rów, część gminy wiejskiej Głogów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 12, 319 oraz 329, część miasta Głogów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie głogowskim,

— gminy Grębocice i Polkowice w powiecie polkowickim,

w województwie wielkopolskim:

— powiat wolsztyński,

— gminy Rakoniewice, Wielichowo i część gminy Kamieniec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 308 w powiecie grodziskim,

— gminy Wijewo, część gminy Włoszakowice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi 3903P biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Boguszyn, a następnie przez drogę łączącą miejscowość Boguszyn z miejscowością Krzycko aż do południowej granicy gminy i część gminy Święciechowa położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie leszczyńskim,

— część gminy Śmigiel położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 3903P biegnącej od południowej granicy gminy przez miejscowości Bronikowo i Morowice aż do miejscowości Śmigiel do skrzyżowania z drogą 3820P i dalej drogą 3820P, która przechodzi w ul. Jagiellońską, następnie w Lipową i Glinkową, aż do skrzyżowania z drogą S5, następnie przez drogą nr S5 do północnej granicy gminy w powiecie kościańskim,

w województwie łódzkim:

— gminy Drzewica, Opoczno i Poświętne w powiecie opoczyńskim,

— gmina Sadkowice w powiecie rawskim.

8. **Slowakei**

Die folgenden Gebiete in der Slowakei:

— im Bezirk Gelnica die gesamte Gemeinde Smolník,

— die Gemeinden Opátka, Košická Belá, Malá Lodina, Veľká Lodina, Kysak, Sokoľ, Trebejov, Obišovce, Družstevná pri Hornáde, Kostoľany nad Hornádom, Budimír, Vajkovce, Chrastné, Čižatice, Kráľovce, Ploské, Nová Polhora, Boliarov, Kecerovce, Vtáčkovce, Herľany, Rankovce, Mudrovce, Kecerovský Lipovec, Opiná, Bunetice,

— die gesamte Stadt Košice,

— im Bezirk Revúca die gesamten Gemeinden Gemer, Tornaľa, Žiar, Gemerská Ves, Levkuška, Otročok, Polina, Rašice,

— im Bezirk Rimavská Sobota die gesamten Gemeinden Abovce, Barca, Bátka, Cakov, Chanava, Dulovo, Figa, Gemerské Michalovce, Hubovo, Ivanice, Kaloša, Kesovce, Kráľ, Lenartovce, Lenka, Neporadza, Orávka, Radnovce, Rakytník, Riečka, Rimavská Seč, Rumince, Stránska, Uzovská Panica, Valice, Vieska nad Blhom, Vlkyňa, Vyšné Valice, Včelince, Zádor, Číž, Štrkovec Tomášovce und Žíp,

— im Bezirk Rožňava die gesamten Gemeinden Ardovo, Bohúňovo, Bretka, Čoltovo, Dlhá Ves, Gemerská Hôrka, Gemerská Panica, Kečovo, Meliata, Plešivec, Silica, Silická Brezová, Slavec, Hrušov, Krásnohorská Dlhá Lúka, Krásnohorské podhradie, Lipovník, Silická Jablonica.

9. **Rumänien**

Die folgenden Gebiete in Rumänien:

— Județul Bistrița-Năsăud,

— Județul Suceava.

TEIL III

1. **Bulgarien**

Die folgenden Gebiete in Bulgarien:

— die gesamte Region Blagoevgrad,

— die gesamte Region Dobrich,

— die gesamte Region Gabrovo,

— die gesamte Region Kardzhali,

— die gesamte Region Lovech,

— die gesamte Region Montana,

— die gesamte Region Pleven,

— die gesamte Region Razgrad,

— die gesamte Region Ruse,

— die gesamte Region Shumen,

— die gesamte Region Silistra,

— die gesamte Region Sliven,

— die gesamte Region Stadt Sofia,

— die gesamte Region Provinz Sofia,

— die gesamte Region Targovishte,

— die gesamte Region Vidin,

— die gesamte Region Varna,

— die gesamte Region Veliko Tarnovo,

— die gesamte Region Vratza,

— in der Region Burgas:

  — die gesamte Gemeinde Burgas,

  — die gesamte Gemeinde Kameno,

  — die gesamte Gemeinde Malko Tarnovo,

  — die gesamte Gemeinde Primorsko,

  — die gesamte Gemeinde Sozopol,

  — die gesamte Gemeinde Sredets,

  — die gesamte Gemeinde Tsarevo,

  — die gesamte Gemeinde Sungurlare,

  — die gesamte Gemeinde Ruen,

  — die gesamte Gemeinde Aytos.

2. **Lettland**

Die folgenden Gebiete in Lettland:

— Aizputes novada Lažas pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa caur Miķelīšu mežu līdz autoceļam 1265, uz austrumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1265 pie Mežmaļiem līdz robežai ar Rīvas upi, Kalvenes pagasta daļa uz austrumiem no ceļa pie Vārtājas upes līdz autoceļam A9, uz ziemeļiem no autoceļa A9, uz austrumiem no autoceļa V1200, Kazdangas pagasta daļa uz austrumiem no ceļa V1200, P115, P117, V1296,

— Alsungas novads,

— Kuldīgas novada Gudenieku pagasts, Ēdoles pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa 1269, 1271, uz rietumiem no autoceļa 1288, uz dienvidiem no autoceļa P119, Īvandes pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa P119, uz rietumiem no autoceļa 1292, 1279, uz rietumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1279 no Upītēm līdz autoceļam 1290, Kurmāles pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa 1290, uz rietumiem no autoceļa, kas savieno autoceļu 1290 no Alejām līdz autoceļam 1283, uz rietumiem no autoceļa 1283 un P112, Turlavas pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa P112, Laidu pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1296,

— Skrundas novada Rudbāržu, Nīkrāces pagasts, Raņķu pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1272 līdz robežai ar Ventas upi, Skrundas pagasts (izņemot pagasta daļa no Skrundas uz ziemeļiem no autoceļa A9 un austrumiem no Ventas upes), Skrundas pilsēta,

— Vaiņodes novada Embūtes pagasta daļa uz ziemeļiem autoceļa P116, P106.

3. **Litauen**

Die folgenden Gebiete in Litauen:

— Alytaus rajono savivaldybė: Simno, Krokialaukio ir Miroslavo seniūnijos,

— Birštono savivaldybė,

— Jurbarko rajono savivaldybė: Seredžiaus ir Juodaičių seniūnijos,

— Kauno rajono savivaldybė: Akademijos, Alšėnų, Batniavos, Čekiškės, Ežerėlio, Kačerginės, Kulautuvos, Raudondvario, Ringaudų ir Zapyškio seniūnijos, Babtų seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio A1, Užliedžių seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio A1 ir Vilkijos apylinkių seniūnijos dalis į rytus nuo kelio Nr. 1907,

— Kazlų Rūdos savivaldybė: Antanavo, Jankų, Kazlų rūdos seniūnijos dalis Kazlų Rūdos seniūnija į pietus nuo kelio Nr. 230, į vakarus nuo kelio Kokė-Užbaliai-Čečetai iki kelio Nr. 2610 ir į šiaurę nuo kelio Nr. 2610, Plutiškių seniūnijos,

— Kėdainių rajono savivaldybė: Pernaravos ir Josvainių seniūnijos pietvakarinė dalis tarp kelio Nr. 229 ir Nr. 2032,

— Marijampolės savivaldybė: Gudelių, Igliaukos, Sasnavos ir Šunskų seniūnijos,

— Molėtų rajono savivaldybė: Alantos seniūnijos dalis į rytus nuo kelio Nr. 119 ir į pietus nuo kelio Nr. 2828, Čiulėnų, Inturkės, Luokesos, Mindūnų ir Suginčių seniūnijos,

— Plungės rajono savivaldybė: Alsėdžių, Babrungo, Paukštakių, Platelių ir Žemaičių Kalvarijos seniūnijos,

— Raseinių rajono savivaldybė: Ariogalos ir Ariogalos miesto seniūnijos,

— Prienų rajono savivaldybė: Ašmintos, Balbieriškio, Išlaužo, Jiezno, Naujosios Ūtos, Pakuonio, Prienų ir Šilavotos seniūnijos,

— Skuodo rajono savivaldybės: Barstyčių, Notėnų ir Šačių seniūnijos,

— Vilkaviškio rajono savivaldybės: Gižų ir Pilviškių seniūnijos.

4. **Polen**

Die folgenden Gebiete in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

— gminy Bisztynek, Sępopol i Bartoszyce z miastem Bartoszyce w powiecie bartoszyckim,

— gminy Kiwity i Lidzbark Warmiński z miastem Lidzbark Warmiński w powiecie lidzbarskim,

— gminy Srokowo, Barciany, część gminy Kętrzyn położona na północ od linii kolejowej łączącej miejscowości Giżycko i Kętrzyn biegnącej do granicy miasta Kętrzyn oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 591 biegnącą od miasta Kętrzyn do północnej granicy gminy i część gminy Korsze położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od wschodniej granicy łączącą miejscowości Krelikiejmy i Sątoczno i na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sątoczno, Sajna Wielka biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 590 w miejscowości Glitajny, a następnie na zachód od drogi nr 590 do skrzyżowania z drogą nr 592 i na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 592 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 590 w powiecie kętrzyńskim,

— część gminy Wilczęta położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 509 w powiecie braniewskim,

— część gminy Morąg położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od Olsztyna do Elbląga w powiecie ostródzkim,

— gminy Godkowo i Pasłęk w powiecie elbląskim,

— powiat olecki,

— powiat węgorzewski,

— gminy Kruklanki, Wydminy, Miłki, Giżycko z miastem Giżycko i część gminy Ryn położona na północ od linii kolejowej łączącej miejscowości Giżycko i Kętrzyn w powiecie giżyckim,

— gminy Barczewo, Gietrzwałd, Jeziorany, Jonkowo, Dywity, Dobre Miasto, Purda, Stawiguda, część gminy Olsztynek położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S51 biegnącą od wschodniej granicy gminy do miejscowości Ameryka oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą S51 do północnej granicy gminy, łączącej miejscowości Mańki – Mycyny – Ameryka, część gminy Świątki położona na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Pasłęka, w powiecie olsztyńskim,

— powiat miejski Olsztyn,

— część gminy Prostki położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łączącą miejscowości Żelazki – Dąbrowskie – Długosze do południowej granicy gminy, część gminy wiejskiej Ełk położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 667 biegnącą od miejscowości Bajtkowo do miejscowości Nowa Wieś Ełcka, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Ełk biegnącą od miejscowości Nowa Wieś Ełcka do wschodniej granicy gminy w powiecie ełckim,

— część gminy Biała Piska położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę 667 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Biała Piska, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 58 biegnącą od miejscowości Biała Piska do wschodniej granicy gminy w powiecie piskim,

w województwie podlaskim:

— gminy Wyszki, Bielsk Podlaski z miastem Bielsk Podlaski w powiecie bielskim,

— gminy Łapy, Juchnowiec Kościelny, Suraż, Turośń Kościelna, część gminy Poświętne położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 681 w powiecie białostockim,

— gminy Perlejewo i Drohiczyn w powiecie siemiatyckim,

— gmina Ciechanowiec w powiecie wysokomazowieckim,

— część gminy Bakałarzewo położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę 653 biegnącej od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą 1122B oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1122B biegnącą od drogi 653 w kierunku południowym do skrzyżowania z drogą 1124B i następnie na południowy-zachód od drogi nr 1124B biegnącej od skrzyżowania z drogą 1122B do granicy z gminą Raczki w powiecie suwalskim,

— gmina Szczuczyn, część gminy wiejskiej Grajewo położona na północ o linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy łączącej miejscowości: Mareckie – Łękowo – Kacprowo – Ruda, a następnie od miejscowości Ruda na północ od rzeki Binduga uchodzącej do rzeki Ełk i następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Ełk od ujścia rzeki Binduga do wschodniej granicy gminy i miasto Grajewo w powiecie grajewskim,

w województwie mazowieckim:

— gminy Łaskarzew z miastem Łaskarzew, Maciejowice, Sobolew, Trojanów, Żelechów, część gminy Wilga położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Wilga biegnącą od wschodniej granicy gminy do ujścia dorzeki Wisły, część gminy Górzno położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Łąki i Górzno biegnącą od wschodniej granicy gminy, następnie od miejscowości Górzno na południe od drogi nr 1328W biegnącej do drogi nr 17, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od drogi nr 17 do zachodniej granicy gminy przez miejscowości Józefów i Kobyla Wola w powiecie garwolińskim,

— gminy Jabłonna Lacka, Sabnie i Sterdyń w powiecie sokołowskim,

— gmina Nur w powiecie ostrowskim,

— gminy Grabów nad Pilicą, Magnuszew, Głowaczów, Kozienice w powiecie kozienickim,

— gmina Stromiec w powiecie białobrzeskim,

w województwie lubelskim:

— powiat tomaszowski,

— gminy Białopole, Dubienka, Kamień, Wierzbica, Rejowiec, Rejowiec Fabryczny z miastem Rejowiec Fabryczny, Siedliszcze, Żmudź, część gminy Dorohusk położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Wojsławice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę 1839L, część gminy Leśniowice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę 1839L w powiecie chełmskim,

— gminy Izbica, Gorzków, Rudnik, Kraśniczyn, Krasnystaw z miastem Krasnystaw, Siennica Różana i część gminy Łopiennik Górny położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 17, część gminy Żółkiewka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 842 w powiecie krasnostawskim,

— powiat zamojski,

— powiat miejski Zamość,

— powiat biłgorajski,

— powiat hrubieszowski,

— gminy Dzwola i Chrzanów w powiecie janowskim,

— gminy Hanna, Wyryki, Urszulin, część gminy Hańsk położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 819 i część gminy wiejskiej Włodawa położona na północ od linii wyznaczonej przez północną granicę miasta Włodawa i miasto Włodawa w powiecie włodawskim,

— powiat łęczyński,

— gmina Trawniki w powiecie świdnickim,

— gminy Serokomla i Wojcieszków w powiecie łukowskim,

— gminy Milanów, Parczew, Siemień w powiecie parczewskim,

— gminy Borki, Czemierniki, Radzyń Podlaski z miastem Radzyń Podlaski, Wohyń w powiecie radzyńskim,

— gminy Abramów, Kamionka, Michów, Lubartów z miastem Lubartów, Firlej, Jeziorzany, Kock, Niedźwiada, Ostrów Lubelski, Ostrówek, Serniki w powiecie lubartowskim,

— gminy Jastków, Niemce i Wólka w powiecie lubelskim,

— powiat miejski Lublin,

— gminy Kłoczew, Stężyca i część gminy Ryki położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie ryckim,

w województwie podkarpackim:

— gminy Narol, Stary Dzików i część gminy Cieszanów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 865 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą 863, a następnie na zachód od drogi nr 863 biegnącej do miejscowości Lubliniec i dalej na zachód od drogi biegnącej przez Nowy Lubliniec do północnej granicy gminy w powiecie lubaczowskim,

— część gminy wiejskiej Leżajsk położona na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę San, część gminy Kuryłówka położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łączącej miejscowości Brzyska Wola – Dąbrowica – Ożanna do południowej granicy gminy w powiecie leżajskim,

— część gminy wiejskiej Jarosław położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę 1580R biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 77, a następnie na północ od drogi 1702R biegnącej do skrzyżowania z droga 1701R i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1701R biegnącą od skrzyżowania z drogą 1702R do południowej granicy gminy, część gminy Wiązownica położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 865 w powiecie jarosławskim,

— gminy Adamówka, Sieniawa i Tryńcza w powiecie przeworskim,

w województwie lubuskim:

— gminy Nowa Sól i miasto Nowa Sól, Otyń oraz część gminy Kożuchów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 283 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 290 i na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 290 biegnącej od miasta Mirocin Dolny do zachodniej granicy gminy, część gminy Bytom Odrzański położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 293 i 326, część gminy Nowe Miasteczko położona na wschód od linii wyznaczonych przez drogi 293 i 328, część gminy Siedlisko położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od rzeki Odry przy południowe granicy gminy do drogi nr 326 łączącej się z drogą nr 325 biegnącą w kierunku miejscowości Różanówka do skrzyżowania z drogą nr 321 biegnącą od tego skrzyżowania w kierunku miejscowości Bielawy, a następnie przedłużoną przez drogę przeciwpożarową biegnącą od drogi nr 321 w miejscowości Bielawy do granicy gminy w powiecie nowosolskim,

— gminy Czerwieńsk, Świdnica, Zabór, część gminy Bojadła położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 278 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 282 i na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 282 biegnącej od miasta Bojadła do zachodniej granicy gminy i część gminy Sulechów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S3 w powiecie zielonogórskim,

— część gminy Niegosławice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 328 w powiecie żagańskim,

— powiat miejski Zielona Góra,

— gmina Skąpe w powiecie świebodzińskim,

— gmina Dąbie, część gminy Krosno Odrzańskie położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 29, a następnie przez drogę nr 29 biegnącą od tego skrzyżowania do południowej granicy gminy, część gminy Bytnica położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F w powiecie krośnieńskim,

w województwie wielkopolskim:

— gminy Buk, Dopiewo, Tarnowo Podgórne, część gminy Komorniki położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 5, część gminy Stęszew położona na północny – zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 5 i 32 w powiecie poznańskim,

— część gminy Duszniki położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 92 oraz na południe od linii wyznaczonej przez droge nr 92 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 306, część gminy Kaźmierz położona na południe i na wschód od linii wyznaczonych przez drogi: nr 92 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Witkowice – Gorszewice – Kaźmierz (wzdłuż ulic Czereśniowa, Dworcowa, Marii Konopnickiej) – Chlewiska, biegnącą do wschodniej granicy gminy w powiecie szamotulskim,

— gminy Lipno, Osieczna, część gminy Włoszakowice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi 3903P biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Boguszyn, a następnie przez drogę łączącą miejscowość Boguszyn z miejscowością Krzycko aż do południowej granicy gminy w powiecie leszczyńskim,

— powiat miejski Leszno,

— część gminy Śmigiel położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 3903P biegnącej od południowej granicy gminy przez miejscowości Bronikowo i Morowice aż do miejscowości Śmigiel do skrzyżowania z drogą 3820P i dalej drogą 3820P, która przechodzi w ul. Jagiellońską, następnie w Lipową i Glinkową, aż do skrzyżowania z drogą S5, następnie przez drogą nr S5 do północnej granicy gminy, część gminy wiejskiej Kościan położona na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 5 oraz na zachód od linii wyznaczonej przez kanał Obry, część gminy Krzywiń położona na zachód od linii wyznaczonej przez kanał Obry w powiecie kościańskim.

w województwie dolnośląskim:

— gminy Jerzmanowa, Żukowice, część gminy Kotla położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Krzycki Rów, część gminy wiejskiej Głogów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 12, 319 oraz 329, część miasta Głogów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie głogowskim,

— gminy Gaworzyce, Radwanice i część gminy Przemków położona na północ od linii wyznaczonej prze drogę nr 12 w powiecie polkowickim.

5. **Rumänien**

Die folgenden Gebiete in Rumänien:

— Zona orașului București,

— Județul Constanța,

— Județul Satu Mare,

— Județul Tulcea,

— Județul Bacău,

— Județul Bihor,

— Județul Brăila,

— Județul Buzău,

— Județul Călărași,

— Județul Dâmbovița,

— Județul Galați,

— Județul Giurgiu,

— Județul Ialomița,

— Județul Ilfov,

— Județul Prahova,

— Județul Sălaj,

— Județul Vaslui,

— Județul Vrancea,

— Județul Teleorman,

— Județul Mehedinți,

— Județul Gorj,

— Județul Argeș,

— Județul Olt,

— Județul Dolj,

— Județul Arad,

— Județul Timiș,

— Județul Covasna,

— Județul Brașov,

— Județul Botoșani,

— Județul Vâlcea,

— Județul Iași,
— Județul Hunedoara,
— Județul Alba,
— Județul Sibiu,
— Județul Caraș-Severin,
— Județul Neamț,
— Județul Harghita,
— Județul Mureș,
— Județul Cluj,
— Județul Maramureş.

6. **Slowakei**

— der gesamte Bezirk Trebišov,
— im Bezirk Michalovce die gesamten Gemeinden des Bezirks, die nicht in Teil I aufgeführt sind,
— die Region Sobrance — Gemeinden Lekárovce, Pinkovce, Záhor, Bežovce,
— im gesamten Bezirk Košice – okolie, ausgenommen die in Teil II aufgeführten Gemeinden,
— im Bezirk Rožnava die Gemeinden Bôrka, Lúčka, Jablonov nad Turňou, Drnava, Kováčová, Hrhov.

TEIL IV

**Italien**

Die folgenden Gebiete in Italien:

— tutto il territorio della Sardegna.“

ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)

**Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union**
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE